

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Abdruckes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 27 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postk. 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauwerksbund, Zentrale, Geschäftsangelegenheiten nach Tarif durch Werba, Berlin SW 11.

Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten.

Am 26. Februar wurden die Vorkände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände unter Führung von Theodor Leipart beim Reichspräsidenten vorstellig, um ihm die ernststen Besorgnisse der Gewerkschaften über die Lage der deutschen Arbeiterschaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen fassten ihre Auffassung über die Lage der Wirtschaft und ihre Forderungen zur Linderung der Not der Arbeiter und Angestellten, der arbeitenden wie der erwerbslosen, in einer gemeinsamen schriftlichen Willenskundgebung zusammen und brachten sie zur Kenntnis des Reichspräsidenten. An der Aussprache nahmen auch der Reichskanzler und der Reichsarbeitsminister teil.

Einleitend wies der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, darauf hin, daß die Erschienenen als Vertreter von 5 1/2 Millionen organisierter Arbeiter und 1 1/4 Millionen organisierter Angestellten gekommen seien. Sie sprächen aber nicht nur im Namen dieser fast 7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch im Namen der 12 Millionen Arbeiter, für die die Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen haben und deren Interessen zu schützen sie berufen sind. Leipart legte dann eingehend die Lage dar. Von den gesamten Gewerkschaftsmitgliedern seien Ende Januar 34,5% arbeitslos, weitere 20% arbeiteten verkürzt und weniger als die Hälfte noch vollbeschäftigt. Er verwies besonders auf die verzweifelte Lage der Arbeiterschaft in Ostpreußen und Pommern, wo Ende Januar 48 bis 49% der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos gewesen seien — im Baugewerbe sind es sogar weit über 80% gewesen —; nicht viel besser sei die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland. Das bedeute für die Zukunft der deutschen Wirtschaft eine große Gefahr. Von den Arbeitslosen erhält nur noch ein Drittel in vollem Umfange die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung, zwei Drittel sind angesichts der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgesetzter und auf die dürftige Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Diese Lage werde erschwert durch den stillschweigenden Lohnabbau, der in vielen Wirtschaftszweigen bereits Anfang 1930 infolge des Ausfalles von Arbeitsstunden und Kürzung der Akkordlöhne eingeleitet habe. Nach diesem kalten Lohnabbau begann der Angriff der Unternehmer auf die Tariflöhne, dem die Reichsregierung ihre Unterstützung leihe und der eine große Ungerechtigkeit für die Arbeiter sei. Bis jetzt ist dieser zweite Lohnabbau für rund 3 Millionen Menschen durchgeführt worden. Angesichts der neuen gewaltigen Tarifbewegungen, die in den verschiedenen Berufen bevorstehen, fordern die Arbeiter und Angestellten bei diesen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, bei diesem Generalangriff auf ihre Löhne und Gehälter, auf die Lebenshaltung ihrer Familien, den Schutz der staatlichen Macht, auf den sie wie alle anderen Berufsgruppen einen berechtigten Anspruch haben.

Diese Forderungen sowie die Vorschläge der Vertreter aller gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellten wurden dem Reichspräsidenten in folgender gemeinsamer Kundgebung überreicht:

„Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsgruppen bleibt doch unbestreitbar, daß Not und Elend nirgends so groß sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien.

Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsere größte Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereinführung dieser Millionen in den Produktionsprozeß. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; einige davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung, als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der die Kaufkraft verringern den Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Beruhigung der deutschen Arbeitnehmer. Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu beseitigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmaße geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zuzuführenden Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine kaufkräftige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksicht auf unseren industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen. Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und u. E. abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeiten zu bringen, die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden gesenkt werden. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massenkaufkraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit gesicherter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck ertauhen wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Anrecht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unverschuldeter Leistungsunfähigkeit angetastet wird. Die Spitzenverbände der Arbeitnehmer haben den dringenden Wunsch, daß alle Schritte, die zur Linderung der Not der deutschen Arbeitnehmer erforderlich sind, im Einverständnis mit allen daran beteiligten Kreisen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeitnehmer

haben seither stärkste Opfer gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise belastet zu werden.“

Nach der Ansprache Leiparts sprach Imbusch noch treffliche Worte über die Unmöglichkeit, der Landwirtschaft jetzt durch Zollerhöhungen und ähnliche Maßnahmen eine Gefälligkeit zu erweisen, die zur Folge haben müßte, daß die Lage der Arbeitslosen und der gesamten Arbeiter durch Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter verschlechtert würde. Außerdem würde das Ausland sicher zu Gegenmaßnahmen greifen, so daß der Export von Industrieerzeugnissen geschädigt und die Zahl der Arbeitslosen noch vermehrt würde. Wechly sprach alsdann über die Gefährdung der Angestelltenversicherung und über die traurige Lage besonders der älteren Angestellten, worauf Leipart noch über die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung sprach. Er verwies darauf, daß durch die gewaltige Vermehrung des Angebotes sowohl der menschlichen als auch der maschinellen Arbeitskräfte sich die Lage gewaltig geändert habe gegenüber der Zeit, als der Achtstundentag zum Gesetz erhoben wurde. Sollten die Arbeitslosen überhaupt wieder beschäftigt werden, so bleibe nur die Verkürzung der Arbeitszeit übrig. Graßmann sprach eindringlich gegen die Politik der Lohnsenkung.

Dann antwortete Reichsarbeitsminister Stegerwald in längerer Rede, in der er mehrfach stark betonte, er würde nicht an dem Kern der Tarifverträge, an dem Kern des Schlichtungswesens, an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Amtszeit rütteln lassen. Aber er fügte hinzu, es gäbe auf diesen Gebieten noch eine Anzahl Inflationsercheinungen und eine Anzahl Unausgeglichenheiten, die noch beseitigt werden und wo die Gewerkschaften auch noch Konzessionen machen müßten. Den Vertretern der Unternehmer, die in den letzten Tagen von ihm verlangt hätten, das staatliche Schlichtungswesen wenigstens vorübergehend zu suspendieren, habe er geantwortet, daß er das entschieden ablehne. Zum Schluß bemerkte Reichskanzler Brüning, er wolle gegenüber irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit heute schon sagen, daß die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verlange, nicht so gedacht sei, daß die Regierung nun sofort Zollerhöhungen durchzuführen beabsichtige. Vielmehr solle jede etwaige Zollerhöhung davon abhängig sein, daß die Landwirtschaft zuvor gewisse Bedingungen auf dem Gebiet der Selbsthilfe erfülle. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung von der Ermächtigung nötigenfalls Gebrauch machen.

Damit war die Aussprache beendet. Von den beiden Regierungserklärungen ist die des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald am bemerkenswertesten. Was er sagte, klang mindestens recht merkwürdig, und es dürften Meinungsverschiedenheiten darüber auftauchen, was sich Dr. Stegerwald unter „Kern“ der Tarifverträge, des Schlichtungswesens und vor allem auch der Sozialversicherung denkt. Sonderbar klingt auch die Wendung von den „Inflationsercheinungen“ und von den „Unausgeglichenheiten“, die zu beseitigen sind und worin die Gewerkschaften Konzessionen machen müßten. Es klingt zumindest ziemlich dunkel. Auf jeden Fall sind diese Ausführungen so „diplomatisch“ und vieldeutig, daß sich jeder etwas daraus zurecht machen kann. Daß seine Ausführungen besonders arbeiterfreundlich klangen, finden wir absolut nicht. Die einzige Deutlichkeit Stegerwalds in seiner Rede liegt darin, daß er das staatliche Schlichtungswesen nicht suspendieren will.

Das Bauwerk

ist das fachwissenschaftliche Organ des Deutschen Bauwerksbundes.

Werbt eifrig Bezieher!

Der weitere Gang der Verhandlungen um einen neuen Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten. (Beiratkonferenz.)

Wir berichteten im vorigen „Grundstein“, daß die Parke Verhandlungen um einen neuen Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten wieder aufgenommen wurden. Das ist geschehen am 24. Februar. Auch am 25. und 26. Februar ist verhandelt worden. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen berichtete in einer zum 27. Februar nach Berlin einberufenen Beiratkonferenz unseres Bundes der stellvertretende Bundesvorsitzende Kollege Scheibel. Diesmal sei er nster verhandelt werden. Trotzdem seien in den einschneidendsten Bestimmungen des Vertrages noch starke Differenzen vorhanden. Der Redner berichtete dann über den Verlauf der dreitägigen Verhandlungen ausführlich im einzelnen. Er ging jeden Abschnitt des Vertrages und die von den Parteien hierzu gestellten Anträge der Reihe nach durch, beleuchtete dabei die schon erledigten und die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten. Im ganzen gesehen ergab sich hieraus, daß sich die Parteien in einer Anzahl von Streitpunkten wohl nähergekommen sind, es aber noch nicht gelungen ist, über die Hauptstreitfragen zu einem Abschluß zu gelangen.

In der lebhaften und ausgedehnten Aussprache, die der Bundesvorsitzende, Kollege Bernhard, durch eine längere Rede einleitete, in der er eingehend seinen Standpunkt zu allen im Reichstarifvertrag noch vorhandenen Streitgegenständen darlegte, kam eine starke Unzufriedenheit mit der Haltung der Unternehmervertreter zur Neuschaffung eines Reichstarifvertrages zum Ausdruck. Die Konferenz brachte zum Ausdruck, daß sie in die Verhandlungskommission das Vertrauen setzt, bei den weiteren Verhandlungen in energischer Weise die Interessen der Bauarbeiter zu vertreten.

Hierauf sprach Bernhard zu dem zu vereinbarenden Modus über den Gang der bezirklichen Lohnverhandlungen. Folgendes wird von den Parteien vorgeschlagen:

1. Falls die freien Verhandlungen in den bisherigen bezirklichen Tarifgebieten nicht zu einer Vereinbarung führen, soll an Stelle der bisherigen beiden bezirklichen Tarifämter ein bezirkliches Tarifamt treten, bestehend aus je vier Beisitzern von jeder Partei und drei Unparteiischen. Jede Partei benennt einen Unparteiischen. Der Vorsitzende wird durch Vereinbarung der Parteien bestimmt. Falls die Parteien sich nicht bis zum 8. März über die Person des

Vorsitzenden einigen, soll der Reichsarbeitsminister um die Benennung gebeten werden.

2. Das bezirkliche Tarifamt entscheidet mit Stimmenmehrheit über sämtliche Löhne und die Ortsklasseneinteilung. Ist eine Mehrheit für einen Vorschlag im Tarifamt nicht zu erreichen, so können die drei Unparteiischen einstimmig einen Vorschlag machen, der dann als Schiedsspruch gilt. Das Verfahren im bezirklichen Tarifamt muß bis spätestens zum 18. März beendet sein.

3. Wenn der bezirkliche Schiedsspruch nicht von beiden Parteien innerhalb einer Frist von sechs Tagen angenommen wird, so entscheidet eine zentrale Schiedsstelle, die bis zum 24. März zusammenzutreten hat, über die Löhne der Hauptarbeitergruppen (Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Tiefbauarbeiter und Maschinisten) der obersten Ortsklasse. Ueber die dann noch strittigen Lohnfragen entscheidet das bezirkliche Tarifamt.

Die zentrale Schiedsstelle ist zusammengesetzt aus je vier Beisitzern von jeder Partei und drei Unparteiischen, um deren Benennung der Reichsarbeitsminister zu ersuchen ist. Die zentrale Schiedsstelle stimmt mit einfacher Mehrheit ab. Der Spruch der zentralen Schiedsstelle kann innerhalb acht Tagen angenommen oder abgelehnt werden.

4. Die zu vereinbarenden Löhne gelten vom 1. April 1931 bis zum 2. März 1932.

Nachdem der Redner die einzelnen Abschnitte des Vorschlages erläuterte, wobei er betonte, daß dieser Vorschlag ein Kompromiß darstellt, bei dem beide Teile von ihren ursprünglichen Vorschlägen abgewichen, wurde nach lebhafter Debatte, wobei vor allem der Ablaufstermin der Lohnvereinbarung stark kritisiert wurde, der Verhandlungskommission Vollmacht erteilt, der vorgeschlagenen Vereinbarung zuzustimmen. Die Verhandlungen zur Festsetzung der Löhne für 1931 werden demnach nach dieser Vereinbarung vor sich gehen.

Damit war dieser wichtige Punkt der Tagesordnung erledigt. Kollege Bernhard machte noch einige geschäftliche Mitteilungen. Außerdem sprach Kollege Thielberg zu dem in Vorbereitung befindlichen Sammelwerk sämtlicher Tarifverträge aller im Baugewerksbund vereinigten Gruppen. Eine gewissenhafte Mitarbeit der Bezirksleitungen sei dabei dringend erforderlich.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Der Vorsitzende schloß mit Wünschen glücklicher Heimreise.

Hörnings Kriegsplan gegen die Arbeitslosigkeit.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeitslosigkeit selbst nach der Frühjahrsbelebung einen hohen Stand behalten wird, zumal wir noch großzügige Maßnahmen zu ihrer Behebung vermissen. Es ist keine Phrasen, wenn wir sagen, daß noch längst nicht in alle Köpfe der Wirtschaftsführer und der Regierungsverantwortlichen die ebenso logische wie einfache Erkenntnis gedrungen ist, daß eine wesentliche Behebung des Wirtschaftslebens nicht von selbst kommt, sondern nur durch äußerste Anstrengung und nach langer, anhaltender Arbeit erreicht werden kann. Die Arbeitslosigkeit ist die soziale Frage unserer Tage, sie ist die Schicksalsfrage der meisten Industrieländer.

Der Führer des Reichsbanners, Genosse Otto Hörning, hat seinen Vorschlägen vom Herbst des vorigen Jahres nun einen ins einzelne gehenden Kriegsplan gegen die Arbeitslosigkeit folgen lassen. Der Kriegsplan wird in einer im Seltos-Verlag, Berlin-Schmargendorf, erschienenen Broschüre von D. Curius näher behandelt. Es wird gezeigt, welchen Schaden die Arbeitslosigkeit verursacht und wie dieser lähmende Druck so schnell wie möglich gemildert und beseitigt werden kann. Die Broschüre geht energisch besonders den nie aussergehenden Entschuldigungsgründen zuleibe, die man immer wieder hören muß. Die „Wirtschaftsführer“ entschuldigen ihr Nichtstun immer noch mit der Weltwirtschaftskrise. Immer noch werden Mittelstellen statt durchgreifende Mittel vorgeschlagen, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Unsere Statistiker und Konjunkturforscher verstehen sich wohl auf die Berechnung, wie die Arbeitslosigkeit fortzuschreiten wird, aber sie können nicht sagen, was man tun könnte, um die ungünstige Wirtschaftsentwicklung umzuschalten. Deshalb wird in der Broschüre folgender Grundsatz aufgestellt: „Gesundheit kommt nicht von selbst, sondern sie muß rechtzeitig gewollt, geplant, erzwungen werden!“ Hörning erklärt: „Je weiter wir uns vom Wahltag entfernen, desto klarer tritt hervor, welcher unermesslicher Schaden politisch und wirtschaftlich angerichtet wird. Außen- und innenpolitisch liegt — trotz aller Dementi — ein Trümmerhaufen vor uns, Wirtschaftsverfall, Geldverknappung, Kapitalflucht, Zusammenbruch fast aller Werte. Dazu kommt eine Unsicherheit, eine Schwüle wie im Frühjahr 1924. Diesen unerträglichen, alles lähmenden Zustand schnell zu beseitigen, sollte Aufgabe aller Parteien sein, die sich zu einer starken Regierung, die sich durch ihre Leistungen Autorität verschafft, sofort zusammenzufinden hätten. Zwei Dinge müssen allerdings scharf im Willen der Regierung erkennbar sein, und zwar muß rein politisch neben allen sonstigen Selbstverständlichkeiten dem hochverräterischen Treiben der Nationalsozialisten und Kommunisten, dem Straßenkampf mit Knüppel, Dolch, Revolver usw. und dem wüsten Treiben ihrer Presse ein radikales Ende gesetzt werden.“ Diese Worte umreißen treffend die politische Lage, jedoch können die politischen Verhältnisse nur gesunden, wenn die Wirtschaft in Gang gebracht, produktive, gewinnbringende Arbeit für viele Menschen und auf lange Zeit geschaffen wird. Hörning zeigt einen Weg in seinem Kriegsplan gegen die

Arbeitslosigkeit, aus dem wir zusammengefaßt das Wirtschaftsschaffs- und Arbeitsbeschaffungsprogramm wiedergeben:

Die normale Schulzeit soll um ein volles Berufsschuljahr verlängert werden. Das nimmt sofort Hunderttausende vom Arbeitsmarkt, ersparte den ausgearbeiteten Jugendlichen zu Hunderttausenden die unerträgliche, unvermeidliche Arbeitslosigkeit. — Der Genehmigungspflicht und schärferer Kontrolle sollen unterstellt werden: die Stilllegung von Arbeitsplätzen jeglicher Art, ferner alle Maßnahmen technischer und organisatorischer Natur, sofern die Zahl der beschäftigten Hand- und Kopfarbeiter dadurch herabgesetzt wird. — Einführung der 42-Stunden-Woche, grundsätzliches Verbot der Ueberstundenarbeit, des Doppelverdienens und Verhinderung jeder Schwarzarbeit, solange Erwerbslose vorhanden sind. — Grundsätzliches Verbot von Erwerbsarbeit aller Pensionäre, die mehr als 400 M monatliches Einkommen haben. Den aktiven Beamten, Berufssozialisten und Angestellten der Behörden ist jeder Nebenverdienst zu verbieten. — Solange im Reich deutsche erwerbslose Hand- und Kopfarbeiter vorhanden sind, dürfen keine Ausländer beschäftigt werden. — Die von den Syndikaten, Zunft- und Kartellen, Verbänden usw. festgesetzten Inlandpreise sind sofort nachzuprüfen und auf ihre angemessene Höhe herabzusetzen. Alle Verträge dagegen sind als Wucher zu bestrafen. Organisationen, die sich dieses Wuchers schuldig machen, sind aufzulösen, ihre Leiter wegen Wuchers zu bestrafen. — Gesetzliche Festlegung angemessener Höchstpreise für alle Erzeugnisse der Landwirtschaft beim Erzeuger, Höchstpreise für die Konsumenten andererseits, um diese gegen Preissteigerungen und unangemessen hohen Handelspreisen zu schützen. — Großarbeitsbeschaffung durch sofortige Erbauung vieler großer Talsperren, um mit allen bisher ungenutzten Wasserkraften Elektrizität zu erzeugen. Ferner die Erbauung großer Elektrizitätswerke an wirtschaftlichster Stelle. Ueberführung sämtlicher Eisenbahnen in Reichsbesitz und sofortige Durchelektrifizierung des gesamten Eisenbahnnetzes. Erbauung großer Anlagen zur Auflösung der Kohle jeder Art in Benzin, Benzol, Öl, Betriebsstoff aller Art in allen Kohlenrevieren. — Starke Herabsetzung der Eisenbahn-, Personen- und Güfertarife, Vermehrung des Eisenbahn- und Postverkehrs, Wiederherstellung des gewerbmäßigen Beförderungsmonopols der Deutschen Reichsbahn und Reichspost für Personen und Güter von Ort zu Ort. — Umformung der Wälder vom Boden 1. bis 4. Bodenklasse auf den Boden 5., 6. und schlechterer Bodenklassen. Hergabe des gewonnenen guten Bodens für landwirtschaftliche Siedlungen. Grundsätzliches Verbot des Behauens des Bodens 1. bis 4. Klasse außer für landwirtschaftliche Zwecke. Sofortige Inangriffnahme der Wiederherstellung des entwerteten landwirtschaftlichen Bodens. Sofortige Einziehung aller überflüssigen Flugplätze und Hergabe für landwirtschaftliche Siedlungszwecke. Hergabe mindestens der Hälfte der Erzeugerplätze für landwirtschaftliche Siedlungen oder Forstwirtschaft. Kultivierung der Moore und Doldländer.

Diese 18 Forderungen ergeben ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm, dessen Durchführung sehr großen Nutzen bringen würde. Zur Durchführung des Pro-

gramms schlägt Hörning ein Direktorium für Arbeitsbeschaffung vor, das von der Reichsregierung ernannt werden soll. Dieses Direktorium ist eigentlich in dem Ausschuß zur Beratung des Arbeitslosenproblems, dessen Präsident der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist, schon vorhanden. Wenn er sich nur einen Teil des Hörning'schen Kriegsplans zu eigen machen und in die Wirklichkeit umsetzen würde, dann wären wir bestimmt ein großes Stück weiter. Hörning will dem Direktorium einen beratenden Ausschuß zur Seite stellen. Er soll bestehen aus dem Reichswirtschaftsminister und acht von ihm ernannten Vertretern, ferner je einem Vertreter der Banken, der Landwirtschaft, der Industrie, der Schiffahrt, des Handels und des Gewerbes und je einem Vertreter der Gewerkschaften dieser Gruppen. Zur Finanzierung wird die Auslegung von Schuldverschreibungen für produktive Arbeitsbeschaffung durch das Reich vorgeschlagen. Das Vertrauen auf eine bessere Zukunft — durch eigene Taten begründet — würde die Arbeitsbeschaffung erleichtern. Die ungeheuer große Arbeitslosigkeit kann nur mit einem großen durchgreifenden Arbeitsbeschaffungsprogramm gemildert und schließlich behoben werden.

Wer dieses Ziel wirklich erstrebt, der wird auch nicht vor Schwierigkeiten zurückschrecken, die der Durchführung eines solchen Programms, wie das von Otto Hörning, entgegenstehen. Gewiß sind ungeheure Kapitalien erforderlich, die noch nicht im vollen Umfang zur Verfügung stehen: aber Hörning hat recht, daß oft vermehrte Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft wird sich einstellen, wenn man endlich dazu übergeht, großzügig und mit ganzer Kraft die Arbeitslosigkeit behoben und die Wirtschaft wieder ankurbeln zu wollen.

Ausschluß zur Beratung des Arbeitslosenproblems.

Ein Ausschuß ist oftmals eine notwendige Sache. Auch der Ausschuß zur Beratung des Arbeitslosenproblems, der kürzlich seine Tätigkeit aufgenommen hat. Er ist von der Reichsregierung berufen worden und soll seine Aufgabe unabhängig von der Regierung lösen. Der Ausschuß wurde deshalb aus unabhängigen Personen zusammengesetzt, um das Hereinspielen von Interessengegenständen zu vermeiden. Wie aus dem Bericht seiner ersten Sitzung hervor geht, soll er konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen machen. Er hat sich nun auf ein Arbeitsprogramm nach folgenden Gesichtspunkten geeinigt: 1. Praktische Gestaltung der Arbeitslosenhilfe, 2. Verteilung der Arbeit nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten (Arbeitsvermittlung, Arbeitszeitverkürzung, Doppelverdienerei, Verlängerung der Schulpflicht u. a.), 3. Preisbildung und Lohnpolitik in ihrem Einfluß auf den Arbeitsmarkt, 4. Arbeitsmarkt und Landwirtschaft, Arbeitslosigkeit und innere Kolonisation, 5. Pflichtarbeit, Arbeitsdienstpflicht (!?) (Schriftl. des „Gr.“), freiwilliger Arbeitsdienst, Arbeitslosenfürsorge, 6. Die unterstützende Arbeitslosenhilfe: Versicherung, Krisenunterstützung, öffentliche Fürsorge, ihre Voraussetzung und Grenzen, Leistungen, ihr Aufbau und ihr Verhältnis zueinander. Er wird nun an die Arbeit gehen, an der es zweifellos nicht mangelt. Derartige Pläne wird man in Deutschland genügend ausarbeiten und auch auf anderen Gebieten finden. Man möge uns aber mit den schon fast berüchtigt gewordenen, allzu dicken Denkschriften verschonen, die man an Stelle greifbarer Erfolge aufweist. Das Arbeitslosenproblem ist das aktuellste, das wir kennen. Es erfordert äußerst schnelle und durchgreifende Arbeit. Möge über der Arbeit des Ausschusses das einfließen so sehr zu Unrecht verlästerte Motto stehen: Nur Arbeit kann uns retten!

Auf eine Möglichkeit von Arbeitsbeschaffung weisen die „Hansakanal-Blätter“ in ihrer Januarausgabe hin. Der Name dieser Blätter besagt schon, welcher besonderen Aufgabe sie dienen. Sie propagieren den Bau eines Schiffsfahrtsweges, der das Ruhrgebiet mit dem größten deutschen Seehafen, mit Hamburg, verbindet, unter mittelbarer Verührung des bremischen Hafens. Der Bau des Hansakanals ist ebenfalls ein Werk, das für die Arbeitsbeschaffung in Betracht kommen dürfte. Es soll ein öffentlicher Verkehrsweg werden; an der Gemeinnützigkeit können daher keine Zweifel bestehen. Die Fertigstellung wird, nach den „Hansakanal-Blättern“, acht Jahre dauern, eine Zeit, in der auf genügend lange Dauer die Beschäftigung einer großen Anzahl Arbeiter gesichert ist. Eingehende staatliche Vorarbeiten technischer und wirtschaftlicher Art sind schon gemacht und von dem Vorarbeitenamt in Werden abgeschlossen worden. Der Bau könne schnellstens begonnen werden. Mindestens vier Fünftel aller Kosten seien Löhne. Natürlich könne man nicht daran denken, ein möglichst großes Heer von Arbeitslosen der verschiedensten Berufe mit dem Spaten in der Hand an den Kanalbau zu stellen. In der Zeit der Technik ist ein solches Verfahren viel zu teuer. Mit Maschinen, Baggern usw. sei es billiger und schneller zu machen. Auch bei der Arbeitsbeschaffung müsse im Interesse des Volkswertens sparsam gebaut werden. Man dürfe aber nicht nur die unmittelbar am Kanalbau beschäftigten Menschen zählen, sondern müsse alle die berücksichtigen, die beim Bau der Schleusen, Schleusenforen, Spundwände, in den Eifen- und Walzwerken, im Bergbau, in Zementfabriken, Ziegeleien und all den vielen anderen Betrieben Beschäftigung fänden. Insgesamt werde man mit etwa 15 000 bis 20 000 Menschen rechnen können, die durch den Bau des Hansakanals acht Jahre lang ihren Erwerb erhalten. Weiter heißt es in den „Hansakanal-Blättern“: „Die Beschäftigung von 15 000 bis 20 000 Menschen bedeute eine Ersparung an Unterhaltung von 15 bis 20 Millionen Mark im Jahre. Wenn man das, sowie die vermehrten Steuererträge berücksichtige, so könne ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die Kosten des Hansakanals etwa zur Hälfte aus Mitteln entnommen werden können, die jetzt doch ausgegeben werden, und zwar ohne Gegenwerte und damit dem Volkswertens verlorengehen. Selbstverständlich lassen sich Bauwerke nicht nur damit rechtfertigen, daß sie Arbeitsbeschaffung bieten, sie müssen auch in sich selbst notwendig und rentabel sein.“ Diese Forderung treffe in hohem Maße für den Hansakanal zu, wofür in diesen Blättern eingehend der Nachweis geführt wird. Eine Schädigung des Eisenbahnverkehrs durch den Hansakanal sei nicht zu befürchten. Wenn auch in den ersten Jahren ein gewisser Ausfall eintreten werde, so wird durch die Verkehrsbelebung durch den Hansakanal dieser nachher mehr als aufgehoben werden. Mit der Zunahme des Ver-

kehr auf der besten und belebtesten Binnenschiffahrts- straße Europas, dem Rhein, haben auch seine Uferbahnen...

Am Ende des Lateins.

Bei der Innungskrankenkasse der Maurer- und Zimmererkreistimmung zu Leipzig sind vom 12. Februar an durch Zwangsverfügung der Aufsichtsbehörde die Beiträge auf 6,6 % des Grundlohnes festgesetzt worden...

Schließlich zufrieden sein. Das letzte Jahr hat aber allem Anschein nach eine Wendung gebracht und damit eine Entwicklung, die die Reichsregierung mit ihrem sogenannten Sanierungsprogramm erzwingen will...

Zurzeit wird viel gesprochen über das Thema: Sachsen braucht Arbeit. Wenn damit auch in erster Linie die Maschinen- und Textilindustrie Sachsens gemeint ist...

Bei der Ortskrankenkasse Leipzig beträgt das Vermögen je Mitglied zur Zeit rund 29 M. Besitzt nun die Innungskrankenkasse nicht den bei der Ortskrankenkasse festgesetzten Beitrag oder überhaupt kein Vermögen...

Die Bauertätigkeit hat demnach eine sehr unterschiedliche Entwicklung genommen; je größer die Orte (bei Zusammenfassung nach Größenklassen) sind, um so reger ist im allgemeinen auch die Bauertätigkeit...

Die Finanzlage der genannten Kasse ist frohlos. Jedenfalls wird sie bald aufgelöst werden müssen. Dann hätten wir das Ende einer Gründung, die anfänglich als sehr aus- sichtsreich dargestellt worden ist...

Kurz vor Redaktionsschluss erfahren wir, daß das Versicherungsamt sich „zu seinem Bedauern genötigt“ sieht, beim Oberversicherungsamt die Schließung der Kasse zu beantragen...

Der Wohnungsbau 1930.

Der Wohnungsbau wird in der Öffentlichkeit vornehmlich unter wohnungspolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Man fragt sich vor allem, ob die Bauertätigkeit groß genug ist, um den ungeheuren Fehlbefand an Wohnungen aufzuholen...

Beschränkt man sich nicht auf wohnungspolitische Gesichtspunkte, so muß man zu noch wesentlich ungünstigeren Eindrücken kommen. Dann ist es nämlich notwendig, neben den Bauerfertigstellungen noch die Baubeginne sowie die Erlaubnisse und Anträge zu berücksichtigen...

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 9. Februar 1931.

Table with columns for districts (e.g., Königsberg, Danzig, Breslau, Berlin, Magdeburg, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Rostock, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe) and rows for various professions (Maurer, Steinmetz, etc.) showing employment and unemployment statistics.



Unterhaltung und Wissen



Dichter des März.

Von Walter G. Dschilewski.

Es ist das unbestrittene Verdienst der literarischen Bewegung des „Jungen Deutschland“ im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts, durch ihre wesentlichen Vertreter Heinrich Heine, Börne, Raabe und Gutzkow den Boden für die nachfolgende Märzzeit aufgelockert zu haben. Freiheit in Politik, Religion und Gesellschaft war ihr Kampfziel, der wohl noch nicht die besondere Dringlichkeit einer revolutionären Erhebung in sich schloß, aber doch schon Herzen und Hirne der besten Geister der damaligen Zeit in Aufruhr brachte. Ihre literarischen Formen, in denen sich ihre Empörungen wider diese Zeit und ihre Begeisterung für eine freiheitliche Gesinnung entladen konnten, waren vornehmlich das Drama, der Roman und das zeitkritische Feuilleton, das besonders in Börne und Heine unsterbliche Meister fand. Da aber das „Junge Deutschland“, abgesehen von Heinrich Heine, mehr künstlerische, schöngeistige Ziele verfolgte, so war es erst die politische Dichtung in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die vor allem die Lyrik, die zum Teil gesungen werden konnte und somit noch größere unmittelbare Wirkung hinterließ, zum Sprachrohr einer radikalen revolutionären politischen Tendenz werden ließ.

So Robert Prutz, Politiker, Redner und Dichter von besonderem Format, der eine Anzahl prachtvoller satirischer und zeitkritischer Gedichte verfaßt hat, Gottfried Kinkel, einer der begeistertsten Demokraten von 1848, der für diese Begeisterung lange Zeit in der Verbannung leben mußte, ferner Hoffmann von Fallersleben, der als Dichter des Nationalliedes „Deutschland, Deutschland über alles“ von unseren Nationalisten übelster Sorte in Einfältigkeit und Verkennung der historischen Wahrheit als einer der ihrigen anekdotiert wird. Hoffmann von Fallersleben, der in tapferer Hartnäckigkeit gegen den lächerlichen Despotismus der deutschen Kleinstaaterei rebellierte, mußte dafür, wie so viele seiner Zeitgenossen, als politischer Verbannter sechs Jahre lang heimatlos umherirren. In all diesen Dichtern, zu denen sich noch Friedrich von Sallet und Franz Dingeldey, August von Binzer und Anastasius Grün gesellen, lebte der einmütige Wille, die nationale Einheit, die verfassungsgemäße Freiheit, die Volkssouveränität Deutschlands zu verwirklichen.

Hinter diesen Proklamationen stand zweifelsohne der Machtanspruch des liberalen Bürgertums. Aber dieser Leistungskrieg einer zum Selbstbewußtsein erwachten Klasse, auf deren Fahne die Freiheit und Einheit des Reiches geschrieben stand, dieser erwachte deutsche Liberalismus wurde wiederum zum Geburtshelfer des sogenannten „vierten Standes“, des „Proletariats“. In diesem Sinne ist der deutsche Liberalismus (auch in marxistischem Sinne) das Fundament, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden sollte.

Wir nannten oben die Dichter des Vormärz: Heine (in seinem Gedicht „Die Wanderratten“ lagen schon die Quellen einer proletarischen Dichtung verborgen), Prutz, Grün, Börne, diese vortrefflichen Journalisten, Dichter und Kämpfer der republikanischen und demokratischen Gesinnung gegen Absolutismus, Zensur, Kleinstaaterei, Ständeunterschied. Ihre zeitgeschichtliche Bedeutung, auch ihre literaturgeschichtliche, in dem wohl mit ihnen die klassisch-romantische Dichtung der deutschen Literatur als beendet gilt und sie einem lebenskräftigen Realismus, der durch die Namen Büchner, Grabbe, Auerbach, Gottfalk u. a. gekennzeichnet ist, in den Sattel hoben, wir lassen ihre nachdauernde Bedeutung darf nicht unterschätzt werden, auch heute müssen wir uns dessen erinnern.

Aber eine größere politische Wirksamkeit sollte erst den Klassikern der Revolutionsdichtung, Ferdinand Freiligrath und Georg Herwegh beschieden sein. In diesen beiden Männern lebte schon der Geist und der Wille des Proletariats, dem Freiligrath seine herrlichsten Schöpfungen: „Von unten auf“, „Die Revolution“, „Die Toten an die Lebenden“, und Georg Herwegh, ganz entzündet am Schillerischen Pathos, unter vielen anderen vor allem sein: „O wag' es doch nur einen Tag“, „Der Freiheit eine Feste“ und das „Bundeslied“ der ersten politischen Organisation des Proletariats, der Lassalleschen Arbeiterbewegung schenkte. Selten hat eine Gedichtsammlung so wie Herweghs „Gedichte eines Lebenden“ (eine preiswerte Ausgabe bei Reclam) Wirkung auf die Zeitgenossen ausgeübt. Der Wucht und der reinen Gläubigkeit seiner Dichtungen konnte sich niemand verschließen. Alle seine Verse galoppierten wie Feuer in die Herzen, rüttelten auf, schufen Widerstand und ein siegbewußtes Glücksgefühl bei den Bekannten.

Freiligraths bedeutende Gedichtsammlung „Ein Glaubensbekenntnis“ erschien in den Märztagen des Jahres 1849. (Eine Auswahl seiner schönsten Gedichte finden wir in dem vom Arbeiterjugend-Verlag, Berlin, herausgegebenen Bändchen „Wir sind die Kraft“.) In dem Vorwort zum „Glaubensbekenntnis“ schrieb er die herrlich offenen Worte: „Fest und unerschütterlich trete ich auf die Seite derer, die mit Stirn und Brust sich der Reaktion entgegenstemmen! Kein Leben mehr für mich ohne Freiheit! Wie die Lose dieses Büchleins und meine eigenen auch fallen mögen: so lange der Druck währt, unter dem ich mein Vaterland seufzen sehe, wird mein Herz bluten und sich empören, sollen mein Mund und mein Atem nicht müde werden, zur Eringung besserer Lage nach Kräften das Ihrige mitzuwirken!“

Somit sind und bleiben beide, Freiligrath wie Herwegh, Ränder und Wecker der bis heute noch nicht beendeten sozialen Umformung der Gesellschaft. Ob wir diese durch unsere Teilnahme und Vorbereitung miterlebende Gestaltung einer neuen Wirklichkeit, noch Revolution, was ein herauschend schönes Wort ist, nennen, ist von geringerer Wichtigkeit. Der Kampf, den das Proletariat führt, wird

nicht mehr in den Straßen und auf den Barrikaden ausgefochten. Heute ist die Technik des Kampfes eine andere. Aufeinander losgehen aus einem mehr sportlichen oder romantischen Bedürfnis können auch blindverheßte Dummköpfe. Es kommt aber für uns darauf an, weniger Dummköpfe, als geschulte, tapfere, begeisterungsfähige Mitarbeiter und Mitkämpfer zu haben. Jeder, der sich als Glied der Gemeinschaft der proletarischen Bewegung fühlt, dem Solidarität und Hingabe an eine große menschliche Idee Heimat seines Strebens und Wirkens sind, arbeitet für das Kommende. Daß wir immer oben bleiben und uns die Not und Wirrsal des Alltags nicht in den Staub drückt, dazu können uns auch die Dichterstimmen des Vormärz und der Märzzeit helfen. Was aus ihnen singt, singt auch in unseren Fahnen.

Nazispiegel.

**Mit Phrasendrusch und Lügen schlimmster Sorte,
Mit jugendhaftem Racheliederschmettern,
Mit Ueberfällen, feigem Meuchelmorde,
Süht ihr berufen euch zu Volkserrettern!**

**Des Gegners Kopf rollt, der legal erst feil ist,
Wenn ihr die Macht habt. Ja, euch liegt im Magen,
Daß bei uns stets der Kopf der bessere Teil ist,
Was man von eurem Pinsel nicht kann sagen!**

**Statt mit Gedanken werbt ihr mit Paraden,
„Die Reine raus mit rechtsgeschraubten Augen!“
Ihr habt den Geist ausschließlich in den Waden —
Der Kopf darf nur zum Mütteltragen taugen!**

**Nur Heimfrontkämpfer, Helden aus Klappen
Sind eure Sührer, frech und kraftgeschwollen;
Dahinter sieht man all' die Aermsten tappen,
Die leider niemals alle werden wollen.**

**Wenn ihr des Reiches Schicksal sollet lenken —
Der „Seindbund“ würde lachen, niemals zittern;
Verbietet euren Leutchen streng das Denken,
Sonst würdet ihr bald in die Käse schüttern!**

Max Vollmann.

Wenn wir mit diesen kurzen Zeilen der Dichter des Vormärz und der 1848er Märzzeit gedenken, so soll damit nicht etwa nur einer historischen Vermittlung gedient sein. Wir sollen die Ohren aufmachen, und die Herzen auch, und es soll in uns widerklingen Feuer und Geist, Freiheit und Brüderlichkeit, damit wir glauben und froh sind in unserem Kampfe! Denn wir sind, wie Freiligrath singt, „die Kraft. Wir hämmern jung das alte, morsche Ding, den Staat!“

Was alles vorkommen kann.

Eine wahre Begebenheit.

Es war zur Zeit des großen „Stahlbades“, Weltkrieg geheißenen. Ueber ein Jahr war ich nicht mehr auf Urlaub. Meine Frau hatte während dieser Zeit eine neue Wohnung bezogen. Sie schrieb mir alles ausführlich; die neue Adresse wäre X-Straße 9 IV, gleich an der Saltstelle der Elektrischen; ich solle nun bald machen, daß ich mal auf Urlaub käme.

Das Glück wollte es, daß ich kurz darauf plötzlich Urlaub erhielt. In Köln hatte der Zug kurzen Aufenthalt. Voller Freude sandte ich von da ein Telegramm: „Bin morgen früh gegen 6 Uhr bei Dir.“ Gut. Der Zug kam pünktlich in E. an.

Auf dem schnellsten Wege eilte ich zur Straßenbahn. Eine Riesenfremde durchströmte den ganzen Körper: Endlich wieder einmal daheim.

„Fährt denn die Elektrische immer so langsam?“ fragte ich den Schaffner.

„Na nu,“ sagt der, „schneller geht es doch bald gar nicht mehr. Wo wollen Sie denn hin?“

„Nach der X-Straße 9,“ sage ich.

„Na, da kommen Sie heute schon noch hin,“ sagt der Schaffner ganz gemächlich.



„Wohnt denn meine Frau nicht hier?“

Endlich war es soweit. „X-Platz,“ ruft der Schaffner. „So, hier müssen Sie absteigen.“

„Endlich!“ Während ich so die Fahrstraße überschreite, da leuchtet mir auch schon die Hausnummer 9 entgegen. Ich fliege nur so die vier Treppen hinauf. Klingel.

Eine Männerstimme ruft:

„Wer ist denn da?“

„Wohnt hier Frau — so und so —“

„Augenblick, ich mache gleich auf!“

Zu gleicher Zeit höre ich, wie jemand drinnen die Wasserspülung zieht.

Gleich darauf öffnet „er“ und sagt ganz kurz: „Hier rechts, die erste Tür.“ „Er“ war noch im Nachigewand und verschwand schnell in einer Tür links.

So stand ich allein auf dem Flur.

Nun denke ich: Hat sie denn das Telegramm nicht bekommen, sie war doch sonst immer auf dem Posten. Ist sie vielleicht krank?

Ich klopfe. Verschlössen. Klopfle leise an.

Drinnen raschelt das Bett und eine Frauenstimme ruft ganz erschrocken:

„Wer ist denn da?“

„Na ich bin es, mach nur auf, schnell, schnell!“ rufe ich im Flüsterston.

„Ach, Gott, ach Gott, wer ist denn nur da draußen?“ sagt sie ganz ängstlich.

„Na, ich bin es! Hast du denn mein Telegramm nicht bekommen?“ Hier wurde die Stimme etwas lauter.

„Ich weiß doch von gar nichts,“ sagt sie, „wer ist denn nur da?“

„Na, ich, ich, ich, ich, mach nur schnell auf, ich will doch zu dir!“

„Ich mach nicht auf. Ich mach nicht auf...“ sagt sie mehrere Male ganz ängstlich und wie im Selbstgespräch. Ein Weilchen stehe ich ratlos da. Plötzlich steigt ein furchtbarer Verdacht in mir auf.

Ich klopfe ganz energisch, rülle an der Klinke, gucke durch das Schlüsselloch und rufe laut: „Warum machst du denn nicht auf? Da ist doch etwas nicht in Ordnung?“

„Wenn Sie nicht gleich gehen, rufe ich um Hilfe!“ sagt sie.

„Ich hole die Polizei,“ sage ich, „das ist ja ein schöner Urlaub! Mach auf, oder ich schlage die Tür ein mit dem Seitengewehr.“

Rascheln ziehe ich das Seitengewehr und klopfe damit auf die Türklinge.

„Um Gotteswillen, um Gotteswillen,“ ruft sie ganz verzweifelt, „ich muß mich doch erst anziehen.“

„Machen Sie nicht solchen Lärm hier,“ ruft jetzt der Nachbar, der mir vorher die Tür öffnete. Er stand im Hemd und Unterhose in der offenen Tür und mußte nicht so recht, was er hier tun sollte.

„Das geht Sie gar nichts an,“ sage ich laut, „kummern Sie sich um sich selber! Wenn Sie was wollen, dann kommen Sie her, ich schlage alles kurz und klein! Sie kommen mir gerade zu paß. Ich komme so wie so gerade vom Schlachtfeld. Los, aufmachen!“ brüllte ich. Wutentbrannt schwingte ich das Seitengewehr, um die Türfüllung zu zertrümmern. Im selben Augenblick geht die Tür auf.

Und eine junge, mir unbekannt Frau steht vor mir. Ich taumle einige Schritte zurück. Vor Schreck entfällt mir das Seitengewehr; es klackert klirrend auf den Fußboden.

Ein Weilchen stehen wir uns sprachlos gegenüber.

„Was wollen Sie denn hier?“ fragt sie und blickt mich erstaunt und mit großen Augen an.

„Wer sind Sie denn?“ frage ich ganz beschämt, „wohnt denn meine Frau nicht hier?“

„Nein, hier wohnt niemand weiter.“

„Nun, sie schrieb mir doch X-Straße 9 IV.“

„Ja, hier ist aber doch X-Platz 9.“

Wie ich hinausgekommen bin, weiß ich nicht mehr. Aber ein höhnendes Gelächter schallte hinter mir her, als ich die Treppe hinuntereilte.

Auf der Straße sehe ich mich kurz um und kann kaum noch vor Lachen, als ich den ersten besten frage, wo die X-Straße ist.

„Sie wollen mich wohl veräppeln?“ sagt der mißtrauisch und geht seiner Wege.

Am nächsten Hause lese ich das Straßenschild „X-Straße“. Nur vier Häuser weiter finde ich die richtige 9.

Kaum habe ich die Treppe betreten, da ruft schon von oben eine Stimme: „Na, kommst du denn endlich?“

„Freilich, freilich,“ sage ich, „aber erst muß ich dir mal etwas erzählen!“

W. B. Belpitz.

Der Druckfehlerknebel kann auch mal anders. Mit „flammernder Begeisterung“ schrieb am 19. Februar 1931 das Blatt gegen Arbeiterinteressen, die „Rote Fahne“: „Es gibt keinen Betrieb, keine Grube, keine Baustelle in Deutschland, in der die Anhängerzahl der RWD wächst!“ Der Druckfehlerknebel scheint in diesem Falle mehr Empfinden für Wahrheit und gegen Ausschneiderei gehabt zu haben, als die Skribenten der „Roten Fahne“. Er hat treffend die Ausschneiderei dieser Sowjetmänner auf das richtige Maß zurückgeschraubt. Bravo!

Anekdoten aus dem ersten Jahr der Berliner Volksbühne. In der Fellerfassung, die zur Deckung der Unkosten bei der Gründungsversammlung der Volksbühne veranstaltet wurde und deren Ueberfluß den streikenden Hamburgern zufließ, befand sich ein goldenes Zehnmarkstück. Es stammte von Ludwig Fulda, dem bekannten Dichter.

Otto Brahm, der Theaterleiter und große Regisseur, hatte ernste Bedenken, ob es ihm die Arbeiter nicht ablehnen würden, daß er bei den Zusammenkünften statt des üblichen Glases Lagerbier einen Schoppen Rotwein zu 1,20 M trank. Er berief sich ausdrücklich auf ärztliche Verordnung.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamikfabrik bei Geesthacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Gnden wegen Tarifbruch; für Deckenrohrer die Firma Paul Vanick in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes; wegen Nichtzahlung des Tariflohnes die Regiearbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Jhehoe).

Stukkateure und Putzer: Die Stuckfirma Richard Liede in Königsberg i. Pr. ist wegen Lohnunterschieden gesperrt.

Fliesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger; in Krefeld wegen Tarifdifferenzen die Firma Meis.

Töpfer: Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg/W. die Firma Alex Kaczkowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Zeitz die Ofengefäße Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme, in Schwertin in Mecklenburg die Firma Brockmann Ofenfabrik und Gefäßgeschäft.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Hamburg. (Jugendleiterkonferenz am 28. Februar) Zur Jugendleiterkonferenz am 28. Februar waren 28 Jugendleiter, 10 Jugendfunktionäre und 7 Gäste erschienen. Dem Bericht des Bezirksvorstandes ist zu entnehmen: Nach einer Erhebung vom Mai 1930 waren im Bezirksverbandsgebiet 3433 Lehrlinge. Davon waren im Bund 2437 organisiert. Gegenüber der Erhebung im Vorjahr ist die Zahl der Lehrlinge gestiegen. Von den organisierten Lehrlingen waren am 28. Januar d. J. 284 arbeitslos. Bei den Gesellenauschüssen der 60 festgestellten Innungen sind zu einem großen Teil unsere Kollegen tätig. Die Mitarbeit in den Gesellenauschüssen muß aber noch besser werden. Die Zusammenarbeit mit den Berufsschulen ist gleichfalls sehr zu fördern. Die Jugendschulungswochen müssen durch Heranziehen der Schulungswochenmitglieder zur Mitarbeit eine bessere Auswirkung erfahren. — Die Aussprache war reichhaltig. Eine von den Hamburgern Kollegen aufgeworfene Ausstellungs ihrer Arbeiten vermittelte gute Anregungen. Als eine Neuerung ist das Ton- und Holzschälzeug für die Bauabende der Töpfer zu nennen. — Weiter vorwärts in der Jugendarbeit!

Aus den Baugewerkschaften

Augsburg. In unserer Jahresversammlung am 8. Februar gedachte Kollege Bergmann zunächst der im Berichtsjahr verstorbenen Kollegen. Darauf gab Kollege Gröhl den Kassenbericht und Kollege Bergmann den allgemeinen Jahresbericht. Die Gesamteinnahme der Baugewerkschaft betrug im Berichtsjahr 87 883,17 M., die Gesamtausgabe 100 340,26 M.; es ergab sich also eine Mehrausgabe von 12 457,09 M. Während für die Hauptkasse nur 61 805,50 M. eingenommen wurden, wurden für Unterfütigungen insgesamt 64 944,50 M. ausgezahlt. Entsprechend diesem Rückgang sank auch der Umsatz an Vollbeiträgen, der rund 46 500 M. betrug, gegenüber 70 000 M. im Vorjahr. Demgegenüber stieg der Umsatz an Fremdarbeit von 42 000 auf 60 000. Daß die Bauaktivität auch bei uns sehr schlecht war, geht schon daraus hervor, daß wir im Berichtsjahr nie eine Arbeitslosenziffer unter 45 %, aber eine Höchstziffer von 85 % erreichten. Die ungünstige Auswirkung dieses Zustandes auf unsere Finanzen erforderte außerordentliche Sparmaßnahmen. Unser dritter Stellvertreter wurde abgebaut, obwohl Beschäftigung für ihn genügend vorhanden gewesen wäre. Hatte doch allein unser Vorsitzender an 217 Tagen Versammlungen, Sitzungen oder Termine vor Spruchbehörden und Arbeitsgerichten wahrzunehmen. Für die Kollegen wurden mehr als 18 000 M. rückständiger Löhne herausgeholt, sowie eine ganze Reihe Erfolge im Spruchverfahren der Arbeitslosenversicherung erzielt. Nachdem auf das Schädigende der Verpflichtungsarbeit der A.G.O. hingewiesen war und Bergmann noch zu den Anträgen in der Tarif- und Lohnbewegung Stellung genommen hatte, wurde der bisher fähige Vorstand wiedergewählt. Hingewählt wurde Kollege Kaffner als Schriftführer und Kollege Paulsen als Stellvertreter. Einstimmig beschlossen wurde, vom 1. April an bei Bezug von Unterfütigung einen Verwaltungsbeitrag von 30 oder 50 % zur Stärkung der Lokalkasse in Abzug zu bringen.

Worms. In der Jahresversammlung am 8. Februar wurde zunächst das Andenken der im Vorjahre verstorbenen Kollegen geehrt. Den Geschäftsbericht gab der Kollege Nowack. Erst im Laufe des Sommers hat sich die Bauaktivität entwickelt, so daß es dann möglich war, zeitweise 95 % der Kollegen in Arbeit zu bringen. Günstig für uns war, daß ein großer Schulneubau und später ein Siedlungskomplex aufgeführt wurden. Das Baudelegiertenwesen ließ zu wünschen übrig. Unsere Mitgliederzahl hat sich stabil gehalten; günstig hat dabei gewirkt die Einführung eines Verwaltungsbeitrages, dessen Ertrag den Hilfskassierern zuzuführen. Den Kassenbericht gab Kollege Lennig. Die Einnahmen waren niedriger als im vergangenen Jahre. — Den Bericht folgte eine ziemlich scharfe Aussprache; sie richtete sich allerdings nicht gegen den Vorstand, sondern sie sollte jedenfalls den Luftakt zur Neuwahl des Vorstandes bilden. Kollege Nowack verzichtete auf eine Wiederwahl, weil er durch andere Ehrenämter zu sehr belastet ist. An seine Stelle trat der Kollege Robert Schäfer. Durch Stimmzettelwahl, die sich stundenlang hinzog, wurde fast der gesamte Vorstand wiedergewählt. Dieses Resultat hat manchen verblüfft. Man hatte jedenfalls nicht erwartet, daß die für den Aufbau wirkenden Kollegen auf dem Posten sein

würden. Jedenfalls hat diese Wahl erwiesen, daß mit einer Diktatur und sonstigen Schlagworten in unserer Baugewerkschaft nichts zu holen ist. Im übrigen beschränkt sich unsere „Opposition“ darauf, in ihrer Weise „Reformvorschläge“ zu machen. Wie das durchzuführen ist, bleibt allerdings vielfach ihr eigenes Geheimnis. Vor praktischen Arbeiten in der Baugewerkschaft scheut man auf jener Seite zurück. Im übrigen sei diesen Oppositionsmännern gesagt: Ein Narr kann in einigen Stunden niederreißen, was ein Duzend Männer in einem Menschenalter unter Mühsal und Entbehrungen aufgebaut haben. Denkt einmal darüber nach!

Bremen. (Vorsicht vor falschen Beitrags-sammeln!) Wie uns aus Mitgliederkreisen der Baugewerkschaft Bremen gemeldet wird, versuchen unsaubere Elemente der A.G.O. (hier: Kommunistische Partei) Beiträge zu kassieren. Einer dieser Kassierer war im Besitz eines Adressenblocks. Es ist anzunehmen, daß er Adressen von Bauarbeitern aus dem Adressbuch abgeschrieben hat, bei denen er nun Beiträge sammeln will. Man versucht vor allem, in der Zeit „Beiträge“ zu kassieren, wo die Frauen der verheirateten Kollegen allein im Hause sind. Die unsauberen Burschen sind der Meinung, daß sich Frauen am besten belügen und betrügen lassen und ihnen am schnellsten solche „Beiträge“ abzunehmen sind. Es ist anzunehmen, daß auch in anderen Baugewerkschaften auf Befehl der Kommunistischen Partei diese „Arbeit“ auszuführen versucht wird. Es gilt also auf der Hut zu sein. — Den Spaltem der Gewerkschaftsbewegung kommt es nicht nur darauf an, Beiträge zu erschwindeln, sondern ihr Hauptzweck ist wohl der, durch die Beitragszahlung zur A.G.O. die Mitgliedschaft im Baugewerksbund unmöglich zu machen; denn wer Beiträge zahlt, um den Baugewerksbund zu zerstören, kann nicht Mitglied des Baugewerksbundes sein. Damit erlischt selbstverständlich auch der Anspruch auf Arbeitslosen-, Invaliden-, Alters- und Sterbeunterstützung sowie auf sonstige Leistungen unseres Bundes. Man hüte sich vor den Zerstörern, deren Arbeit lediglich im Interesse des Unternehmertums liegt!

Erfurt. In der Vertreterversammlung am 8. Februar wurde zunächst das Andenken der im vergangenen Jahre verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Den Geschäftsbericht gab der Kollege Voigt. Der Ausgang der Septemberwahlen hat die Wirtschaftskrise noch mehr verhärtet durch eine erneut eingeleitete Kapitalflucht in das Ausland. Von der Krise wird das Baugewerbe am meisten betroffen. Im Frühjahr waren 50 % unserer Kollegen arbeitslos. Leider wurde in einigen Fällen die Arbeitszeit überschritten. Auch wurden auf mehreren Bauten Putzarbeiten im Akkord ausgeführt. Die Firma Kummer suchte ihre Arbeiter zu zwingen, Putz- und Fugarbeiten zu einem geringen Akkordlohn auszuführen. Die Arbeiter der Firma wurden deshalb gesperrt. Nach drei Tagen mußte sich der Unternehmer fügen. Die eingeklagte Lohnsumme betrug rund 3500 M. Einsprüche in bezug auf die §§ 89a und 107e der Arbeitslosenversicherung wurden 167 erhoben, wovon 142 zu Gunsten der Kollegen erledigt wurden. Im übrigen empfahl der Redner in den Fragen der Baukontrollen, des Baudelegiertenwesens, des Versammlungsbesuchs und der Bücherkontrollen für die Zukunft mehr Aufmerksamkeit. Für die Hauptkasse wurden 71 274,45 M. eingenommen, verausgabt wurden dagegen 72 146,55 M. Die Lokalkasse schließt mit einem Bestand von 17 189,13 M. ab. Durch die Solidaritätsbeiträge konnte 58 Kollegen eine kleine Weihnachtshilfe gegeben werden. — Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Kollege Marx legte sein Amt als Vorsitzender nieder, weil er mit anderen Ämtern zu sehr überlastet ist. Gewählt wurden als Vorsitzender Kollege Merkel, als Stellvertreter Kollege Lippert, als Kassierer Kollege Voigt, als Stellvertreter Kollege Fuchs, als Schriftführer Kollege O. Philipp. In den Beirat wurden gewählt Jank, Bonig, Benkenstein, Trefflich und R. Philipp, als Revisoren Waidhauer, Beck und Silberschlag. Beschlossen wurde, jegliche Ausführung von Akkordarbeit zu unterlassen; Kollegen, die hiergegen verstoßen, sollen ausgeschlossen werden. Im April soll der Öffentlichkeit gezeigt werden, was von unserer Jugend im Handwerk geleistet wird. Dem auscheidenden Kollegen Marx wurde für seine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender Dank gezollt. Erwähnt sei noch, daß in der Vertreterversammlung unser Bezirksleiter, Kollege Meyer, einen lehrreichen Vortrag über die Ursachen der Wirtschaftskrise hielt.

Frankfurt/O. In der Generalversammlung am 8. Februar sprach Kollege Scheibel vom Bundesvorstand über die wirtschaftliche und politische Lage. Zum Schluß rief er auf zum Kampf gegen die Reaktion, die die Rechte der Arbeiterklasse schmälern möchte, und gegen die radikalen Gruppen, die die gefesselte Front der Arbeiter durchbrechen möchten. Nach der Aussprache beantragte Kollege Scheibel eine Anfrage über die Bauparkassen. Er warnte davor, solchen Bauparkassen beizutreten. Solche Kassen versprechen vielfach mehr, als sie halten können. — Den Geschäftsbericht gab Kollege Feldner. Auch bei uns war die Arbeitslosigkeit überaus schlecht. Fast die Hälfte aller Kollegen hat im vergangenen Jahr nicht einmal insgesamt 26 Wochen arbeiten können, 96 Kollegen haben überhaupt keine Arbeit gefunden. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 326 Wohnungen gebaut. Den Hauptanteil daran hatten die gemeinnützigen Baugenossenschaften. Die tariflichen Bestimmungen wurden von beiden Seiten eingehalten. Ferien erhielten im vorigen Jahre 211 Kollegen. Für die Hauptkasse wurden vereinnahmt 68 916,82 M., für Unterfütigungen wurden 53 343,50 Mark ausgegeben. Der Bestand der Lokalkasse hat sich verringert, 1600 M. wurden zu Weihnachten an besonders hilfsbedürftige Kollegen verteilt. Alle Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Nur das Amt des Kassierers wurde gekündigt und soll durch Ausschreibung neu besetzt werden.

Göttingen. In unserer Vertreterversammlung am 8. Februar waren 27 Vertreter und eine größere Anzahl Gäste anwesend. Den Geschäftsbericht gab Kollege Rogge. In der ersten Hälfte des vorigen Jahres war von einer Bauaktivität fast nichts zu spüren; erst zum Herbst wurde es etwas besser. Trotzdem blieben mehr als 50 % unserer Mitglieder arbeitslos. Die wirtschaftliche Ungunst suchten die Unternehmer durch Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, wogegen wir uns energisch zur Wehr setzten. An rückständigem Lohn sind für unsere Kollegen 6511 M. herausgeholt worden. Immerhin mußten einige Kollegen auf ihren redlich verdienten Lohn in einer

Gesamthöhe von etwa 600 M. verzichten, da sie der Aufforderung des Vorstandes, die Arbeit einzustellen, nicht nachkamen. Nachträglich haben die Kollegen zwar ein günstiges Urteil bekommen, aber beim Unternehmer war nichts mehr zu holen. Vor dem Spruchauschuss und dem Oberversicherungsamt wurde ebenfalls mit Erfolg eingegriffen. Trotz der Krise war unser Organisationsleben und die Zusammenarbeit gut, aber hinsichtlich des Baudelegiertenwesens muß es besser werden. Zur Schulung der Jugend wurden keine Mittel geschont. — Die Tätigkeit der Geschäftsleitung wurde anerkannt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Unsere Kassenverhältnisse sind trotz der schlechten Zeiten gut. Die Baugewerkschaftskasse schloß mit einem Bestand von 8 877,36 M. ab. Einstimmig wurde die Erhebung eines Verwaltungsbeitrages beschlossen. Mit vollem Vertrauen zur Bundesleitung schauen wir auf die Lohn- und Tarifvertragsverhandlungen. Mit dem Hakenkreuz und den A.G.O.-Parasiten soll, wenn sie sich bei uns einzunisten gedenken, kurzer Prozeß gemacht werden.

Jena. In unserer Vertreterversammlung am 8. Februar gab Kollege Müller den Geschäftsbericht. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 17 958 M., ausgegeben wurden 15 190,64 M., so daß ein Bestand von 2 767,36 M. verblieb. Die Arbeitslosigkeit war in unserem Gebiet so trübselig wie im übrigen Deutschland, sie war eher noch bösser; sind doch im Januar d. J. 90 % unserer Kollegen arbeitslos gewesen. Wenn auch die Mitgliederzahl stabil geblieben ist, so war der Umsatz an Vollbeiträgen gegenüber 1929 doch um 13 000 M. geringer. Auf jedes Mitglied entfielen 22,1 Vollbeiträge. — 37 Klagen (ohne die in der Arbeitslosenversicherung) wurden mit Erfolg durchgeführt, die eingeklagte Summe betrug 1245 M. In dieser Krisenzeit gilt es, der Organisation mehr den Rücken zu stärken. Die Baudelegierten müssen dafür sorgen, daß unsere Rechte besser gewahrt werden. Die älteren Kollegen sollten sich mehr der Jugend annehmen. — Die Kasse wurde in bester Ordnung befunden und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Alle Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Kollege Seifarth hielt zum Schluß einen Vortrag über „Wirtschaftsfragen und Nachfragen“.

Kreuzburg O/S. Am 2. Februar konnten unsere Kollegen Johann Kozigemba und Paul Seywig auf eine 25jährige gewerkschaftliche Mitgliedschaft zurückblicken. Bei einem zu Ehren dieser Kollegen in Sabinitz abgehaltenen Vergnügen wurden die beiden Jubilare durch Ansprachen des Kollegen Witzek und des Vorsitzenden unserer Baugewerkschaft, Kollegen Janus, geehrt. Janus wies auf die schweren Kämpfe in den früheren Jahren hin und ermahnte die junge Generation, sich ein Vorbild an diesen beiden zu nehmen und geschlossen an ihrem Werk weiterzuarbeiten. Nach Beendigung der gemeinsamen Kaffeetafel blieben die Festteilnehmer in gemüthlicher Stimmung noch beisammen. Den Kollegen, die für diese Feier den Saal geschmückt hatten, sei auf diesem Wege nochmals gedankt. Welche Stellung unsere Jahrestelle in der Arbeiterbewegung einnimmt, zeigt die Tatsache, daß der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Mitglied unseres Bundes ist.

Leipzig. (Zahlstelle Eilenburg.) In unserer Versammlung am 1. Februar wurden vier bisher fähige Verwaltungsmittelglieder wiedergewählt. Trotzdem behauptete der kommunistische (Halle) „Klassenkampf“, diese Versammlung hätte im Zeichen der A.G.O. gestanden und bedeute einen „großen Sieg“ für die gewerkschaftliche Serpflitterungselique. Wie steht es aber in Wirklichkeit aus? Als der Vorstand unserer Baugewerkschaft von der Notiz im „Klassenkampf“ Kenntnis erhielt, berief er zum 15. Februar eine Sitzung der Verwaltungsmittelglieder und sämtlicher Funktionäre der Zahlstelle Eilenburg ein. In dieser Sitzung wurde festgestellt, daß nicht ein einziges Verwaltungsmittelglied und Funktionär Mitglied der A.G.O. ist. Zwei Kollegen, Müller und Drasdo, dessen verdächtigt, vermahnten sich ganz energisch gegen die Behauptungen, Mitglieder oder auch nur Anhänger der A.G.O. zu sein. Der Berichterstatter sei ein Verleumder. Im übrigen seien alle solche Berichte Schwindelberichte. Beide Kollegen unterschrieben dann eine Erklärung, in der von ihnen anerkannt wurde, daß die Berichte im kommunistischen „Klassenkampf“ vom 4. und 10. Februar den Tatsachen nicht entsprächen. Es sei unwahr, daß die Verwaltung der Zahlstelle von Mitgliedern der A.G.O. besetzt sei. Sie bekannten auch schriftlich, daß sie noch nie der A.G.O. als Mitglied angehört hätten und verpflichteten sich, auch weiterhin Beschlüsse der A.G.O. nicht als bindend anzuerkennen oder solche Beschlüsse durchzuführen. Sie wollen auch an keinerlei Sonderzusammenkünften der A.G.O. irgendwelcher Art teilnehmen. Auch werden sie niemals zugeben, weder durch Worte, noch durch Abstimmung, daß von der Organisation ausgeschlossene oder sonstige außenstehende Personen zu irgendwelchen Veranstaltungen unseres Bundes Zutritt haben. Nur die vom Vorstand der Baugewerkschaft beauftragten Referenten sind davon auszunehmen. Die beiden Kollegen anerkannten ferner unterschrieben, alle aus den Bundes- und Ortsstatuten und aus den Bundesstatutsbeschlüssen sich ergebenden Verpflichtungen einzuhalten. Mit dieser von den beiden Kollegen unterschriebenen Erklärung hat sich die verbrecherische Tätigkeit der A.G.O. von selbst gerichtet.

Magdeburg. Auf unserm Vertretertag am 15. Februar gab nach der üblichen Ehrung des Andenkens verstorbenen Kollegen Kollege Heinemann den Jahresbericht. Trotz der großen Arbeitslosigkeit hat die Baugewerkschaft ihre Mitgliederzahl um 349 erhöhen können. Ueber die Bewegung in den Fachgruppen und über durchgeführte Klagen berichtete Kollege Lange. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Die Einnahme betrug 436 946,17 M., die Ausgabe 347 210,25 M. In der Aussprache wurde über zu starke Lehrlingshaltung geklagt. Auf den wenigen Baustellen werden jetzt nur noch Lehrlinge beschäftigt. Das Verhalten der A.G.O. bei den letzten gewerkschaftlichen Kämpfen wurde allgemein stark abfällig kritisiert. Es sei ein Verbrechen, wenn die A.P.D. auf diese Weise die Gewerkschaften zerschlagen möchte. Natürlich gefiel unseren Oppositionsmännern diese Kritik nicht, sie mußten aber die einmütige Ablehnung ihrer Ansichten über sich ergehen lassen. Der Vorstand wurde gegen zwei Stimmen wiedergewählt, die Entlastung gegen eine Stimme beschlossen. Nach einem Vortrag des Kollegen Thiele zum Reichstagsvertrag wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Lohnabbaubestrebungen der Bauunternehmer hart verurteilt wurden. Es wurde als richtig anerkannt, daß die

zentrale Verhandlungskommission daran festzuhalten hat, erst müsse Klarheit über den Wortlaut des Reichsarbeitsvertrages geschaffen sein, ehe bezirkliche Lohnverhandlungen vorgenommen werden. Ein Antrag, den Beitrag für das Gewerkschaftshaus einzustellen, wurde abgelehnt.

Mannheim. (Zahlstelle Ziegelhausen.) Im Februar jährte sich zum 25. Male der Tag, daß unser altbewährter Kollege Johann Steinbacher zum Vorsitzenden unserer Zahlstelle gewählt wurde. Im Jahre 1905 trat er als junger Maurer dem Verband bei und gründete mit einigen Kollegen unsere Zahlstelle. Allen Stürmen und aller Not zum Trotz hat er sich zielbewußt durchzukämpfen vermocht. Möge es ihm vergönnt sein, noch längere Jahre als Vorsitzender unsere Zahlstelle zu führen. — Auch unserem Kollegen Leonhard Sauer, der als zielbewußter Kämpfer am 18. März sein 25jähriges Mitgliedsjubiläum feiern wird, gelten unsere herzlichsten Glückwünsche. Möge es auch ihm vergönnt sein, noch lange in unseren Reihen mitzukämpfen!

Dschaf. Zu unserer Vertreterversammlung am 8. Februar wurde zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen geehrt. Kollege Heinrich gab dann den Geschäftsbericht über das Jahr 1930. Die Krise hat sich auch in unserem Baugewerkschaftsgebiet stark ausgewirkt. 94 Kollegen konnten im vergangenen Jahre überhaupt keine Arbeit finden, 120 Kollegen haben nur eine bis drei Wochen gearbeitet. Es ist deshalb verständlich, daß die Lage der Baugewerkschaft nicht günstig ist. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 958, darunter sind 32 invalide und vom Bundesbeitrag befreite Kollegen. 124 Kollegen haben insgesamt 607 Ferientage erhalten. In einem Falle mußte wegen des Ferienanspruchs und in einem anderen Falle wegen Nichtzahlung des Tariflohnes geklagt werden. In einem Fall, wo Poller und Lehrlinge übermäßige Ueberstunden (Schoben und Sonntagsarbeit) leisteten, wurde dem Gewerbeaufsichtsamt Anzeige erstattet. Durch persönliches Eingreifen bei Unternehmern und Behörden sind in 15 Fällen Lohnherabsetzungen verhindert worden. Dabei wurden für die Kollegen noch 898 M herausgeholt. In der Arbeitslosenversicherung sind 18 Einsprüche erfolgreich durchgeführt worden. An Bundesunterstützung wurden insgesamt 22 360 Mark ausgezahlt. Diese Ausgabe konnte durch Einnahme an Beiträgen nicht gedeckt werden. Die Einnahme für die Bundeskasse betrug 21 168 M, die Gesamtausgabe zu Lasten der Bundeskasse 24 632 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 9474 M, die Ausgabe 11 190 M. Dem Geschäftsführer und dem Gesamtvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. In der Besetzung des Vorstandes ist infolge einer Aenderung eingetreten, daß Kollege Schiffer zum Vorsitzenden gewählt wurde, trotzdem gegen die Tätigkeit des bisherigen Vorsitzenden nicht das geringste einzuwenden war. — Hierauf sprach Kollege Leinisch über die Lohnbewegung im Baugewerbe. Eine Entschleunigung, die sich gegen die A.G.O. sowie gegen die nationalsozialistischen Zellen wendet und den Willen zum Ausdruck bringt, allen Machenschaften und aller Spaltungspolitik mit allen Mitteln entgegenzutreten, wurde gegen einige Stimmen angenommen. Einige Tage später erklärten auch diese wenigen Kollegen, daß sie falsch gestimmt hätten. Die Notwendigkeit der Entschleunigung wollte ihnen nur am Tage der Versammlung nicht in den Sinn gehen.

Peine. In der Generalversammlung am 8. Februar gab nach Ehrung des Andenkens der verstorbenen Mitglieder Kollege Lippelt den Jahresbericht. Trotz der Arbeitslosigkeit konnte sich unser alter Mitgliederstand behaupten. Durchschnittlich waren 44 % der Kollegen arbeitslos. Es sei verbrecherlich, wenn in dieser großen Notzeit die A.G.O. als besonderer Feind der Gewerkschaftsbewegung auftritt und die Arbeiterkraft durch einander zu bringen versucht. Gegen solche Spaltpläne müssen wir uns wehren. Durch die Instanzen und die Arbeitsgerichte konnten für die Kollegen 2 996,80 M herausgeholt werden. Die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften hat sich erheblich gebessert. Für die Hauptkasse wurden 36 876,62 M vereinnahmt, verausgabt wurden 34 316,53 M. Für die Lokalkasse wurden eingenommen 16 190,95 M, verausgabt wurden 12 842,49 M. Der Mitgliederstand beträgt 1087. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Die Tätigkeit der Geschäftsleitung wurde anerkannt und der alte Vorstand gegen einige Stimmen wiedergewählt. Kollege Drees vom Bezirksvorstand hielt hierauf einen mit großem Beifall aufgenommenen ausführlichen Vortrag über die Reichsarbeitsvertragsfrage. Die von der Sachprüfungskommission ausgearbeitete Ortssetzung wurde gegen wenige Stimmen genehmigt.

Schleiz. In unserer Jahresversammlung sprach zunächst der Vorsitzende, Kollege Gennernig, unsern sechs Jubilaren die besten Glückwünsche aus. Unser Geschäftsführer, Kollege Herrmann, wies darauf hin, daß im 25tenember des vorigen Jahres 25 Jahre vergangen waren, daß bei uns ein Zweigverein des Maurerverbandes gegründet wurde. Unsere diesjährigen Jubilare feierten also ein doppeltes Fest, sind sie es doch, die damals die Organisation mitgegründet haben. Unter ihnen befindet sich auch Kollege Konrad Küfner, der viele Jahre der Organisation seine Kraft als Vorsitzender zur Verfügung stellte. — Der Geschäftsführer gab anschließend den Jahresbericht. Das Vereinsleben war mannigfaltig. Ein Streik mußte geführt werden, um den Lohnabbauversuchen eines Unternehmers entgegenzutreten. Der Unternehmer hatte seine Rechnung ohne unsere Organisation gemacht. In einigen anderen Fällen wurde durch persönliches Vorkittgen werden unseres Vertreters ebenfalls Lohnabbau vermieden. Besonders viel zu schaffen machte uns der § 89a WZWG. Nichts hat unsere Kollegen jemals in der Versicherung so schwer getroffen als diese Bestimmung. In jedem einzelnen Fall mußte gekämpft werden. Große Summen wären den Kollegen verlorengegangen, wenn ihnen nicht unsere Organisation hätte beistehen können. — Im Arbeitsgebiet der Saalekaltperre muß unser Bund dauernd eingreifen. Trotzdem ist es dort mit der Organisation nicht gut bestellt. Interesselose Arbeiter aus allen Berufen findet man an dieser Baustelle. Alles wissen sie besser und schädigen so die Gesamtbewegung. Dort scheint man erst zu lernen, wenn es zu spät ist.

Tilff. In unserer Jahresversammlung am 8. Februar wurde zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen geehrt. Darauf sprach Kollege Kinat vom Bezirksvorstand unsern langjährigen Angestellten, dem Kollegen Budraf, den Dank und Glückwunsch für 25jährige Tätigkeit als Kassierer und Geschäftsführer in unserem

Bunde aus. Kollege Budraf leistet seit dem 1. Januar 1906 unsere Kassengeschäfte. Möge er noch viele Jahre wie bisher sein Amt ausfüllen können. Der Jahresbericht Budrafs fand allgemeine Zustimmung. Daß auch in unserem Gebiet die wirtschaftliche Lage nicht besser, sondern eher schlechter war, geht auch daraus hervor, daß je Mitglied im Durchschnitt im Berichtsjahr nur 25 Vollbeiträge geleistet wurden. Viele Kollegen wurden als Hilfsarbeiter bei Tiefbauarbeiten beschäftigt, und mußten sich neben den niedrigeren Löhnen des Lohngebiets IV mit schlechterer Verpflegung und Unterkunft abfinden. Die restlose Durchführung der tariflichen Bestimmungen über Betriebsverletzung usw. stieß nicht nur auf den Widerstand der Unternehmer, sondern auch auf den der Nicht- und Andersorganisierten. Beim Arbeitsgericht wurden 81 Klagen durchgeföhrt. An rückständigen Löhnen wurden insgesamt 4500 M herausgeholt. Noch manche Lohnstreitsache wurde schriftlich oder mündlich erledigt. Uebermäßige Lehrlingshaltung gab uns Anlaß zu einer Beschwerde beim Magistrat, was später zu einer Vereinbarung führte, im Jahre 1930/31 keine Lehrlinge mehr einzustellen. — In der Aussprache kam der feste Wille zum Ausdruck, alle Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Erfreulich war, daß auch die beiden kommunistischen Kollegen Willumelis und Schluß sich gegen die A.G.O. wandten. — Bis auf zwei Kollegen wurde der bisher fähige Vorstand wiedergewählt.

Trier. (Zahlstelle Philipshelm.) Auf unserem Filialabend am 22. Februar wurde unser Bundesfilm „Wie unsere Jugend studiert“ gezeigt und darauf ein zweistündiger Lustspielfilm. Sämtliche Mitglieder waren mit ihren Angehörigen erschienen, so daß über 150 Personen anwesend waren. Willig wurden solche Unterhaltungsabende öfter gewünscht. Auch hier marschiert der freigewerkschaftliche Gedanke rüstig voran.

Worms. In der Generalversammlung am 8. Februar wurde zunächst das Andenken der im verfloffenen Jahr verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Söhnen geehrt. Dann berichtete Kollege Baas kurz über das vergangene Geschäftsjahr. Die Baukonjunktur war schlecht, 80 % der Kollegen waren arbeitslos. Die Jugendabteilung hat sehr gute Fortschritte gemacht. Am 29. Oktober konnten 12 Kollegen für die während 25 Jahren dem Bunde bereuete Erlöse geehrt werden. Der A.G.O. und den Nationalsozialisten mußte mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Dem Kollegen Baas wurde einstimmig Entlastung erteilt. Nach der Aussprache berichtete unser Bezirksleiter, Kollege Knöb, über die Reichsarbeitsvertragsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Die sogenannten „Geheimverhandlungen“ seien nichts weiter als eine freche Erfindung der „Roten Fahne“. Im übrigen heiße es, auf der Wacht zu sein, denn die tarifschlechtesten Absichten der Unternehmer sind bekannt. Zu dem am 9. Februar begonnenen Kursus für jugendliche erwerbslose Facharbeiter hat die Reichsanstalt Mittel zur Verfügung gestellt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt; außerdem wurde der Vorstand um fünf Kollegen erweitert.

Zden. Unsere kleine Baugewerkschaft hat sich seit ihrer Gründung gut entwickelt. Neu aufgenommen wurden 55 Mitglieder. Den größten Mitgliederbestand hatten wir am 25. Oktober mit 96. Die Bauaktivität war verhältnismäßig gut; trotzdem hatten wir schwer zu ringen um die Hochhaltung des 8-Stundentages und die Bezahlung des Tariflohnes. Für die Hauptkasse wurden 1432,70 M eingenommen. Für die Baugewerkschaftskasse wurden 599,60 M vereinnahmt, die Ausgabe betrug 564,73 M. 107,20 M wurden für Winterbeihilfe verausgabt. Gewählt wurden als Vorsitzender Hinrich Säland, als Stellvertreter Hinrich Albers, als Schriftführer Drees, als Kassierer Hermann Bartels, als Stellvertreter Hermann Krüger, als Kassierer Hermann Bartels, als Stellvertreter Hinrich Hink, als Revisoren Hinrich Dittmer, Wilhelm Tiefgen und Heinrich Moreau. Eine Jugendabteilung soll demnächst errichtet werden.

Zwickau. In unserer Jahres-Hauptversammlung am 8. Februar waren 50 Vertreter anwesend. Unser Vorsitzender Kollege Wolf gedachte der verstorbenen Kollegen, worauf Kollege Heß den Jahresbericht gab, der auch im Zwickauer Bezirk die äufferst schlechte Wirtschaftslage erkennen ließ. Rund 40 % unserer Kollegen waren schon in den Sommermonaten arbeitslos; 95 % waren es im Januar 1931! Trotz der Krise hat der Baugewerksbund manches abgewehrt und einiges verbessert. Wir erwähnen nur die Krisenfürsorge und die vom Bundesrat erhobte Invaliden-Unterstützung. Der Ablauf des Reichsarbeitsvertrages, sowie der geplante Lohnabbau verlangen von jedem einzelnen Kollegen höchste Aktivität und Aufmerksamkeit. — Die rege Aussprache zeigte, daß auch die Bauarbeiter in unserem Gebiet die gewerkschaftliche und politische Gefahr erkannt haben und zur Abwehr rüsten. In der Einheits des Baugewerksbundes werden sie nicht rüffeln lassen. Erfreulicherweise wurde dies auch von kommunistisch eingestellten Kollegen hervorgehoben. Der Jahresbericht schließt mit einer Einnahme von 30 928,75 M und einer Ausgabe von 32 245,58 M ab. Am Jahresabschluss betrug der Lokalkassenbestand 29 739,52 M. Der Jahresbericht wurde aufgegeben und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

Aus den Fachgruppen

Olaf. Steffin. In der am 21. Februar abgehaltenen Versammlung gab Kollege Kröger den Jahresbericht. Die Versammlungen wurden von etwa 50 % unserer Kollegen besucht. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 27; sie hat sich trotz größter Arbeitslosigkeit stabil gehalten. Unsere Jugendabteilung ist gut. In die Fachgruppenleitung wurden gewählt: Kröger als Obmann, Stoppel als Beisitzer und Lepow als Schriftführer. Es wurde auch eine Agitationskommission gewählt. Da der Gesellensauschuss neu gewählt werden muß, soll diese Gelegenheit in der nächsten Versammlung besprochen werden. Kollege Seim forderte auf, im Kampf gegen den Faschismus treu zum „Reichsbanner“ zu stehen.

Stukkateure und Putzer. Wegen der Schmutzlosigkeit — für die Erhaltung der kunstgewerblichen Arbeiten! Die große Arbeitslosigkeit im Stuck- und Bildhauergewerbe drückt manchem Kollegen die

Feder in die Hand und zwingt ihn, über einst und jezt Betrachtungen anzustellen. In seiner Not wendet er sich an seine Organisation und ersucht, seine mehr oder minder langen Abhandlungen über das Daniederliegen des Gewerbes im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Wollte die Schriftleitung allen Wünschen Rechnung tragen, dann würde unser Bundesorgan manche Auflage nur für das Stuckgewerbe bereitstellen müssen. Die Einsender werden Verständnis dafür haben, daß in der Jetztzeit, wo alle Gruppen des Bundes von der Krise gepackt werden, der zur Verfügung stehende Raum für die lebenswichtigsten Interessen aller Bundeskollegen ausgenutzt werden muß. — In allen Zuschriften kommt zum Ausdruck, daß die Bestrebungen, dem Stuck- und Bildhauergewerbe Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, weitgehend gefördert werden sollen. Unter dem Schlagwort „Neue Sachlichkeit“ hat sich eine Moderschönung gebildet, die unter Vermeidung aller gemütvollen Formen einen Stil geschaffen hat, der unmöglich allen Kreisen zusagt. Diese neue Richtung ist für einige Berufsgruppen geradezu katastrophal. Es muß der Wunsch ausgesprochen werden, daß von den Staats- und Gemeindebehörden im Interesse einer volkshultuellen Gesundung wieder Gelder bereitgestellt werden, durch die Berufsweige Beschäftigung finden, deren Angehörige sonst zur dauernden Unfähigkeit verurteilt werden. Wenn man Kunst- und Kunstgewerbeschulen unterhält, dann soll auch einmal nachgeforscht werden, was die Schüler nach Beendigung ihres Kunststudiums anfangen sollen. Will man aber Sparsamkeit um jeden Preis, dann fort mit den Kunstschulen, die nur enttäuschte und verbitterte Menschen und Fürsorgeempfänger großziehen. Gebt Wohnhäusern und „onstigen Baumerken wieder ein allen Teilen gerechtwerdendes Aussehen. Sobald in dieser Hinsicht Behörden vorbildlich vorgehen, werden auch an Privatbauten, wo man heute vielfach den Schmuck nur wegläßt, um nicht als rückständig zu gelten, wieder Bildhauer- und Stuckarbeiten zur Verwendung kommen. Daß unserer Forderung Rechnung getragen werden kann, beweist eine Bestimmung der Stadt München zum Wohnungsbauprogramm, demzufolge bei der Herstellung der Häuser mehr als bisher Bildhauer-, Stuck- und kunstgewerbliche Arbeiten anzubringen sind. Die großen Baukünstler sollten das Ornament nicht auf den Rebrichtshäufen werfen, da nicht behauptet werden kann, daß die hundertprozentige Nacktheit an den Gebäuden ungeheilte Freude hervorruft. In kurzen Worten ist dies der Ertrag aller Zerküffissen. Wir richten auch von dieser Stelle aus an alle in Betracht kommenden Baukünstler die Bitte, diese Notkreise nicht ungehört verhallen zu lassen. Wir wollen nicht den überladenen Ritich der Vorkriegszeit. Doch genau so gut, wie man heute noch ein schönes Bild an die Wand hängt, dürfe auch innen sowohl als außen ein schönes Ornament sowie ein Gestirn vielen Menschen Freude machen.

Töpfer und Fliesenleger.

Hannover. In der Töpferversammlung am 7. Februar gab unser Obmann, Kollege Rofberg, den Jahresbericht. Bei der ungeheuren Krise haben sowohl die Former wie auch die Geßer schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Von 56 Kollegen haben nur 4 das ganze Jahr hindurch gearbeitet. Im Durchschnitt hat jeder Kollege im Berichtsjahr rechnerisch nur 103,8 Arbeitstagen gearbeitet, 21 Kollegen stehen weit über dem Durchschnitt; sie waren im Berichtsjahr 105 bis 270 Tage arbeitslos. Die Unternehmer scheuten sich trotzdem nicht, dem Gewerbe neuen Nachwuchs zuzuföhren. Gegenwärtig gibt es 21 Lehrlinge. Der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig. Der Durchschnittsbeitrag betrug 52 % der Mitgliedschaft. Besonders die jungen Kollegen glauben, mit dem Beitragszahlen ihre Schuldigkeit gegenüber dem Bunde getan zu haben, aber auch einige Aeltere denken so. Im Berichtsjahr sind wiederholt Umgebungen unseres paritätischen Arbeitsnachweises sowohl durch Unternehmer als auch durch Kollegen festgestellt worden. Der Obmann war wiederholt gezwungen, einzugreifen. Trotzdem hat uns der Arbeitsnachweis seit nunmehr 45 Jahren recht gute Dienste zum Schutze unseres Tarifvertrages erwiesen. Kleinere Erfolge hatten wir bei den Ofenformern, wo für Kachelzeug — Rheinlandmaß — ein Zuschlag von 10 % vereinbart wurde. Etwas besser waren die Dinge bei den Ofensehern, deren Stundenlohn am 1. April auf 1,60 M und die Akkordzuschläge um weitere 4 % erhöht wurden. Jetzt ist jedoch der Tarif gekündigt worden. Die Unternehmer wollen den Abzug von 10 % vom Stundenlohn und von 4 % vom Akkord als Grundlage eines neuen Tarifes machen. Wir lehnen das ab und arbeiten zunächst tariflos. Jeder Kollege ist verpflichtet, nur nach dem alten Tarif zu arbeiten! Der Ferienvertrag wurde — von wenigen Ausnahmen abgesehen — auf eingehalten. An 31 Ofenseher sind nach Abzug der 20 % für Verwaltungskosten insgesamt 1 857,35 M ausgezahlt worden, d. h. je Karte 59,91 M. Ein großer Teil der Kollegen ist jedoch nicht in den Genuß von Ferien gekommen, weil die Voraussetzung, 40 Wochen Beschäftigung, nicht erfüllt werden konnte. Unser Ferienystem hat sich auch im letzten Jahr gut bewährt. Alle Pflichten, wie das kommissionsweise Vertreten von Ferienmarken, wurden reibungslos erfüllt. Zum Fachgruppenobmann wurde Kollege Rofberg wiedergewählt.

Königsberg. In unserer Jahresversammlung am 30. Januar sprach Bezirksleiter Kollege Kinat über die Tarif- und Organisationslage im ostpreussischen Ofensehergewerbe. Er streifte noch einmal kurz die Entwicklung unserer Tarifangelegenheit, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrages durch Schiedspruch endete. Unfänglich wurde der Vertrag von den Unternehmern auch eingehalten, aber plötzlich kamen sie auf die Idee, sich von ihm befreien zu wollen. Einige Unternehmer legten den Gesellen eine Erklärung zur Unterschrift vor, wonach sie auf alle Abmachungen mit dem Baugewerksbund freiwillig verzichteten und keine Klage durch Dritte anstrengen wollten. Wer nicht unterschrieb, wurde entlassen. Manche Kollegen haben dies Schriftstück, ungelesen, unterschrieben. Eine sehr bezeichnende Naivität! Als aber trotzdem der erhoffte Erfolg ausblieb, meldeten die Unternehmer die Auflösung ihres Verbandes und glaubten, nun nichts mehr mit dem Vertrag zu tun zu haben. Inzwischen hat aber das Arbeitsgericht entschieden, daß die tariflichen Verpflichtungen einzuhalten sind. Leider haben sich auch einige Judasse gefunden, die den Unternehmern ihre Unterstützung anboten. Um als Organisation aufzutreten zu können, gründeten die Abständigen den „Gewerkverein der Ofenseher Königsbergs“, der dann, unter Vorzicht auf einige bedeutsame Positionen unse-

rez Vertrages, den so abgeänderten Vertrag mit seiner Firma verließ. Damit nun diese mit Hilfe der Unternehmer ins Leben gerufene „Organisation“ ihr segensreiches Wirken entfalten könne, übernahm der zu allen Zeiten schneidige Unternehmer F. Wittenberg die vorläufige Einkassierung der Beiträge. — In die Fachgruppenleistung wurden gewählt: Otto Buchholz, F. Gerber, Karl Hittig. Die Propaganda für den Kachelofen und -herd ist von uns so wohl ideell als auch materiell unterstützt worden. Aber allem Anschein nach braucht man unsere Unterstützung nicht mehr; deshalb wurde beschlossen, vorläufig die Beitragszahlung für die „Arbeitschau“ einzustellen. — Es ist zu erwarten, daß einige Unternehmer versuchen werden, sich unter Umgehung des Arbeitsnachweises Arbeitskräfte von auswärts zu beschaffen. Alle Kollegen, die Arbeitsangebote erhalten, müssen sich vorher bei ihrer zuständigen Baugewerkschaft und auch bei der Baugewerkschaft Königsberg i. Pr. erkundigen, ob überhaupt Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist, damit sie sich vor Schaden bewahren.

Allgemeine Rundschau

Die Vierzigstundenswoche im Werftbetrieb. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird noch in weiteren Industrie- und Gewerbegruppen durchgeführt. Unter anderem sind einige Seeschiffswerften dazu übergegangen, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verkürzen. Die Howaldtswerft in Kiel schreibt zu der von ihr getroffenen Maßnahme folgendes: „Vest man von einer Belegschaft von etwa 1000 Mann aus, so leisten diese 1000 Mann in einer 48stündigen Arbeitswoche, wie bislang, 48 000 Stundenwerke. Um die gleiche Leistung in 40 Wochenstunden zu erreichen, müßten also 20 % Arbeiter mehr eingestellt werden, da 1200 Arbeiter in einer 40stündigen Arbeitswoche gleichfalls 48 000 Stundenwerke leisten. Legt man einmal einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 1 M zugrunde, so würden nach Abzug von Steuer- und Sozialbeiträgen 1000 Arbeiter (verheiratet mit einem Kind) in 48 Stunden verdienen 1000 mal 42,05 M = 42 050 M, dagegen 1200 Arbeiter in 40 Stunden 1200 mal 35,23 M = 42 276 M. Die bisherigen Vollarbeiter büßten also bei einer solchen Regelung 6,82 M pro Woche resp. 1,13 M pro Tag ein. Um dieses Opfer nach Möglichkeit zu verringern, erklärte sich auf unsere Anregung die Stadt Kiel bereit, die auf die Arbeitnehmer entfallenden Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen, wodurch sich die Verdienstschnädelung der bisherigen Vollarbeiter auf 0,91 M pro Tag ermäßigt.“ Gegenüber dem Opfer, das der Stadt Kiel zugemutet wird, verpflichtet sich die Werft, von den neu einzustellenden Arbeitern mindestens 8 % aus den Reihen der Wohlfahrtsverbände zu nehmen. Dadurch wird die Stadt von dieser Seite entlastet. Die Millionenarmee der Erwerbslosen könnte verringert werden, wenn überall ähnlich in die Knie verfahren würde. Allerdings können wir uns keinesfalls damit einverstanden erklären, daß die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich geschieht. Das Opfer, das hier den Arbeitern zugemutet wird, ist riesengroß.

Großkapitalisten pilgern nach Moskau. Auf Einladung der Sowjetregierung werden die Herren Großkapitalisten und Ausbeuter v. Borjig, Peter Klöckner, Klobbach, Köstgen, Pfeffer und Poensgen, einige von ihnen besonders bekannt geworden beim Antreiben der Lohnabbauwelle in Deutschland, nach Sowjetrußland fahren, um dort die Verhältnisse zu studieren. Wahrscheinlich, ob die Sowjetmachthaber kreditfähig und kreditwürdig sind. Borjig und Klöckner sind bekannt. Klobbach vertritt Krupp, Köstgen den Siemenskonzern, Pfeffer die AEG, Poensgen die Vereinigten Stahlwerke. Der letztere hat gerade jetzt wieder 5000 Arbeiter auf die Straße geworfen, um den Weg für einen 20prozentigen Lohnabbau freizumachen und die Gewerkschaften zu zerschlagen. Der Großkapitalismus beim Bolschewismus zu Gast! Auch wir haben nichts dagegen, wenn die russischen Sowjetmachthaber mit deutschen Kapitalgebern verhandeln. Aber wie steht es da mit der angeblich immer wieder unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution? Und warum werden keine Sozialdemokraten und freien Gewerkschafter nach Sowjetrußland hineingelassen?

„Die NSDAP. ist keine moralische Anstalt.“ Nach einem Erlaß Hitlers vom 3. Februar 1931 darf das Privatleben der Nazis kein Gegenstand der Betrachtung und Kritik sein; denn die Hitlerpartei ist „keine moralische Anstalt, sondern ein Bund rauber Kämpfer“. Damit ist allen Kriminellen, die in dieser „Arbeiter“partei Unterschlupf gefunden haben, Absolution erteilt. Fremdenräuber, Lohndrücker, Zuhälter und andere gemeine Verbrecher können sich nach wie vor in der Hitlerpartei „politisch“ betätigen. Uebrigens hat diese „Arbeiter“partei neuen Zuwachs bekommen. Der unter dem Namen Alwin bekannte Höhenzollernsprößling August Wilhelm ist nunmehr auch dieser „Arbeiter“partei beigetreten. — Ihren äußeren repräsentativen Ausbau erfährt die Nazi-Partei nunmehr durch einen Parteipalast in München. Hitler hat dort vor etwa Jahresfrist einen ehemaligen Adelsspaß in der Briener Straße gekauft. Das hat damals besonders wegen der Frage Aufsehen erregt, woher die Geldmittel kamen. Der Kaufpreis soll 700 000 M betragen haben und weitere 500 000 M sind für den inneren Ausbau und für die teilweise Ueberbauung des großen Gartens notwendig geworden. Diese Arbeiten haben Hitler so sehr in Anspruch genommen, daß er selbst auf dringliches Ersuchen der Berliner Nazis nicht nach Berlin kommen konnte, weil seine ganze Zeit für die künstlerische Ausgestaltung des Palastes in Anspruch genommen war. In dem geräumigen alten Palazzo, der nunmehr schon über hundert Jahre steht, reich an gemalten Kassetten sowie auch an holzgeschnitzten Decken ist, und außerdem Zimmer enthält in einer Pracht, die stark an die Schloßbauten Ludwigs II. erinnert, wird nun das Hauptquartier der NSDAP. untergebracht werden. Hitler will zeigen, daß die Nazis mehr Kultur besitzen als alle anderen. Neben den Abteilungen der Geschäftsführung, des Reichschachmeisters, Reichsunterstützungs- und Schlichtungsausschusses, zwei Propagandaabteilungen usw. usw. gibt es dort eine künstlerisch glänzend wirkende Festhalle, den Standartenaal und einen sogenannten Senatensaal. Alles wird im ornamentalen Zeichen des Hakenkreuzes stehen, das in den verschiedensten Formen verwendet worden ist. In einer Vorhalle werden auf großen Marmortafeln mit Bronze-

buchstaben die Namen der angeblich von „Reichsbanner und Rotfront ermordeten Parteigenossen“ kommen. Ueberhaupt soll der Bau ein Museum der Erinnerungen an die Nazi-Pest sein. Eine Erinnerung, die sich das deutsche werktätige Volk allerdings in etwas anderer Art bewahren wird. Aber Wilhelm III. macht sich. Das programmatische Gewand haben die Nationalsozialisten und Faschisten von den Sozialisten gestohlen, in ihren Taschen aber klingt das Geld der Kapitalisten, das u. a. beim Münchener Parteipalast fröhliche Urständ feiern wird.

„Der „Grundstein“ kneift.“ So läßt sich das Blatt des sogenannten Industrieverbandes für das Baugewerbe, der „Bauprolet“, aus unseren Bemerkungen in der Nr. 8 des „Grundstein“ über das Bestreben des Kaiserverbandes, am Reichstagsvertrag für das Baugewerbe mitbeteiligt zu werden. Daß wir dieses Bestreben als „Kuriosum“ bezeichnet haben, nimmt uns das Blatt unter den üblichen saftigen Schimpfereien ganz besonders übel. Jedenfalls soll dieses Geschimpfe den Luftakt bilden zur vom Kaiserverband beherrschten „Einheitsfront“. Den Kaiserleuten sei gesagt: Wir kneifen nie. Wir sind gewohnt, stets unsere Meinung zu sagen. Und die lautet in diesem Falle: Mit Verrätern oder Zerstückern der Einheit und Einigkeit der freilorganisierten Bauarbeiter gibt es für uns nie ein Vakillieren! Das ist unsere ebenso kurze wie deutliche Meinung.

Ufa-„Kultur“. Es wird wenige Bauarbeiter geben, die sich heute noch den Besuch eines Kinos erlauben können. Daß aber dort, vielleicht unwissentlich, gegen sie gehandelt wird, möge folgende Schilderung beweisen. In Hamburg lief kürzlich, wie gewöhnlich zu einem Hauptkassenschiff, in einigen Lichtspieltheatern der Beifilm „Die Hocker“. Darin wurde das Berufsleben der Berliner Bauhilfsarbeiter gezeigt. Man sah muskulöse Gestalten, die bei Tagesgrauen zur Arbeit gehen, in der Baubude ihre kurzen Hosen und Holzspankneifen anziehen und, mit einem Schluck aus dem mitgebrachten Kaffeebehälter, an die Arbeit gehen. Man sah sie Lasten tragen, deren Gewicht, richtig angegeben

Wer unsern Bund härtt, härtt sich selbst!
Für die Woche vom 1. bis 7. März ist der 10. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

(100 bis 125 kg), dem Kinobesucher zeigten, wie mühselig und unter größtem Kräfteverbrauch doch so ein Bauarbeiter den sieben langen Tag verbringen muß. Man sah, wie mit solchen Lasten jongliert, gelaufen und geklettert werden muß, und es wurde zum Teil gezeigt, welche Unfallgefahren diesen Braven täglich und stündlich umlauern. — Bis hier gezeigt, könnte der Film in jeder Fachgruppe der Bauhilfsarbeiter laufen, ohne ernsthaft Kritik herauszufordern. Aber wozu hat man eine „Kultur“abteilung in der Ufa, wenn man nicht hegen kann? Also setzt man an den Schluß eines Films, der den Menschen zum Menschen führen könnte durch gegenseitiges Verstehen- und Einblick-Gewinnen-Suchen (eine Aufgabe, zu der sich die Besten aller Zeiten berufen fühlten), ganz lakonisch: „Und diese Leute verdienen 100 bis 170 M die Woche!“

Falschierter Zementfabrik. Die trübflohe Lage der Bauwirtschaft läßt sich besonders deutlich daran erkennen, daß der Absatz der Zementindustrie im Januar 1931 auf 164 000 Tonnen gefallen ist und sich somit gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres, der einen Versand von 315 000 Tonnen brachte, fast genau halbiert hat.

Berufliche Fortbildung der Hamburger Maurer. Strebenden Hamburger Maurern ist Gelegenheit geboten, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens-Gewerbe-Lehranstalt, Hamburg, Steinendam 81, bestehende technischen Abendkurse, die es ermöglichen, sich ohne Anterbrechung der Berufstätigkeit in Theorie, Veranschlagen und Entwürfen auszubilden. In der Abteilung Hochbau wird unterrichtet über Mauerkonstruktionen, Bewehrungsbau, Entwurf von Etagenflüßern, Geschäftsbau, Beamten- und Einzelfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagen und Ausführung, Eisenbetonbau. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Er besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden, und wird von Architekten, Ingenieuren und Landmessern erteilt, die hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtshalbjahr beginnt Mitte April. Programme und Auskünfte täglich abends von 6 bis 8 Uhr in der Lehranstalt, Steinendam 81. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei auf die Lehranstalt besonders hingewiesen.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Dieb und Verräter. Dem Mitglied Georg Böll, Buchnummer 852 174, sind Mitgliedsbuch, Papiere und Sachen gestohlen worden. Der Dieb sucht sich damit Vorteile zu verschaffen. Wir ersuchen, ihm, falls er irgendwo auftaucht, das Mitgliedsbuch abzunehmen und — er soll angeblich Otto Schumann heißen — der Polizei zu übergeben.

Ausgeschlossen sind entsprechend § 18 Ziffer 2 der Bundesstatuten vom Bundesvorstand: Michael Braun, Schachtmeister, Baugewerkschaft Düren i. Rhld., geboren 25. April 1898 in Düren, eingetretene 14. Mai 1919 (34 835); Georg Schleder, Baugewerkschaft München, geboren 22. September 1896 in Budapest, eingetretene 21. März 1927; Hermann Grewe, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Neumünster, geboren 18. Juni 1895, eingetretene 9. August 1913 (267 139).

Unfähigkeitserklärung von Mitgliedsbüchern. In einer Baufelle des Mittelhandkanals wurde ein Einbruch verübt; dabei wurden folgende Mitgliedsbücher gestohlen: Reinhold Ufer, Tiefbauarbeiter, geboren 13. Juli 1870 in Rorpersdorf, eingetretene 7. Mai 1928 (524 261); Clemens Kleine-Sudhus, Vorarbeiter, geboren 2. Oktober 1896 in Marienfeld, eingetretene 17. März 1930 (840 846); Stanislaus Walzack, Tiefbauarbeiter, geboren 1. November 1879 in Werßig, eingetretene 27. Mai 1929 (753 416); Friedrich Zubanski, Tiefbauarbeiter, geboren 16. April 1884 in Lissa,

eingetretene 22. April 1929 (675 434); Karl Lewen, Tiefbauarbeiter, geboren 2. April 1908 in Grünheide, eingetretene 17. Juni 1929 (795 117).

Vom 19. bis 25. Februar haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Bundeshauptkasse gesandt: Bockwisch 176,60, Hannover 9,40, Lüneburg 34,20, Magdeburg 2280, Ribnitz 3, Torgau 5.

Kalender: Hameln 180, Koblenz 150, Nordhausen 90, Pirna 30.

Niederschriften: Ansbach 1,60, Allstedt 1,60, Bernburg 6,40, Bockwisch 5,60, Bamberg 20, Colditz 1,60, Cammin 1,60, Caputh 3,20, Chemnitz 64, Crimmitschau 32, Cottbus 20, Doberan 1,60, Düren 9,60, Demmin 4,80, Döbeln 11,20, Darmstadt 80, Schwege 40, Freising 2,40, Freyhan 4, Fürstfeldbruck 4, Fallersleben 1,60, Forst 16, Göttingen 8, Götlich 36, Goslar 20, Göttingen 3, Glauchau 16, Hamburg 80, Herford 16, Halberstadt 90, Hannover 80, Jüterbog 5,60, Kamenz 4, Kröpelin 4, Konstanz 8, Köln 64, Kempten 12, Küstrin 24, Laage 1,60, Lüneburg 9,60, Luckenwalde 8, Landsbut i. Bay. 6,40, N.-Glabbad 4, Meissen 36, Marienwerder 24, Neuhaldensleben 14,40, Neuruppin 8, Nordhausen 16, Neubrück 1,60, Nossen 1,60, Odenburg i. S. 3,20, Odenburg i. N. 16, Osbornau 20, Oßach 8, Parchim 2,40, Plathe 1,60, Peiserwitz 5,60, Plauen 20, Prenzlau 4, Pappenheim 1,60, Querfurt 2,40, Reichenhall 2,40, Ribnitz 1,60, Striegau 4,80, Schwerin 16, Spremberg 8, Schleswig 160, Schwarzenbek 1,60, Salungen 1,60, Schopfloch 2,40, Schivelbein 2,40, Sorau 5,60, Solingen 11,20, Stuttgart 64, Sagan 6,40, Trebbin 2,40, Torgau 20,80, Thale 12, Vegeack 16, Werben 4,80, Wittenburg 1,40, Würzburg 8, Waren 2,40, Zwickel 1,60, Zittau 12.

Hüllen: Augsburg 9, Jena 7,50, Striegau 6, Torgau 15.

Mappen: Breslau 62,50, Hannover 12,50.

Verschiedene Schriften: Thale 6.

Bundesnadeln: Sandersheim 2,10, Hameln 12,50, Hannover 10, Ribnitz 2,50.

Einbände: Augsburg 6, Aue 6, Breslau 4, Berlin 10, Bockwisch 2, Bamberg 10, Bernburg 8, Caputh 2, Chemnitz 6, Cottbus 10, Doberan 2, Demmin 2, Düren 6, Dsch.-Rasselwitz 8, Döbeln 10, Dessau 4, Darmstadt 10, Schwege 8, Forst 10, Goslar 8, Göttingen 10, Glauchau 10, Hameln 4, Halle 4, Halberstadt 10, Hannover 10, Jena 4, Königsberg 2, Kempten 10, Küstrin 10, Köln 6, Luckenwalde 2, Lüneburg 6, Laage 4, Landsbut i. Bay. 6, Mannheim 4, N.-Glabbad 4, Meissen 4, Marburg 2, Muskau 6, Neuruppin 2, Nordhausen 4, Neuhaldensleben 8, Odenburg i. N. 6, Parchim 2, Pirna 4, Prenzlau 8, Querfurt 2, Ribnitz 2, Sorau 2, Striegau 2, Spremberg 2, Schwarzenbek 2, Solingen 10, Sagan 2, Torgau 10, Thale 6, Vegeack 10, Würzburg 4, Waren 2, Zittau 6.

Sauben d.: Darmstadt 2,10, Hamburg 40, Halberstadt 2,20, Königsberg 4,60, Laage 0,70, Neuruppin 1,50, Oßach 2, Pirna 0,40, Plathe 4,40, Schopfloch 4,20, Schwerin 5,50.

Steine: Bernburg 10, Crimmitschau 19,60, Dessau 21, Darmstadt 39,20, Schwege 10, Freising 29,40, Harfeld 2, Herford 12, Jena 10, Luckenwalde 2, Mannheim 14, Neubrandenburg 5, Oßach 11, Polzig 2, Stolp 5, Schwerin 9,80, Spremberg 294, Thale 10, Torgau 13.

Teilstifte: Großbeeren, Halberstadt, Jena, Mannheim, Nordhausen, Odenburg i. N., Jossen je 1,30, Schwege 10.

Stempel: Sandersheim 1,20, Stuttgart 0,85.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.
Annaberg. (Königswalde.) Albin Vödisch, 52 J. Muerbach. (Reichenbach.) Oswald Ebert, 57 J. (Klingenthal) Richard Selk, Hilfsarbeiter, 54 Jahre. Bamberg. (Memmelsdorf.) Joh. Friedmann, 44 J. Corbach. Friedrich Westmeier, Maurer, 60 Jahre alt. Crimmitschau. (Goesau.) Louis Förster, Maurer, 67 J. Emil Oehlert, Maurer, 60 Jahre alt. Crinitz. Gustav Adam, Scheidentöpfer, 37 Jahre alt. Detmold. (Horn.) Fr. Schönau, Maurer, 48 Jahre. Dsch.-Rasselwitz. (Seobtsch.) Alois Teschner, 25 J. Dorimund. (Hörde.) Franz Sprackies, Hilfsarb., 30 J. Dresden-N. Oskar Hornoff, Maurer, 65 Jahre alt. (Königsbrück.) Emil Kutsche, Töpferhilfsarb., 53 J. Dresden-N. Eduard Schiller, Hilfsarbeiter, 77 Jahre. (Vollersdorf.) Otto Trepte, Hilfsarbeiter, 51 Jahre. Frankfurt/M. (Fechenheim.) Christ. Oestreich, 69 J. Frankfurt/Oder. Friedrich Furch, Maurer, 82 Jahre. Gera. Bruno Dressel, Hilfsarbeiter, 41 Jahre alt. Glogau. (Schlichtingsheim.) Paul Schmidt, 39 J. Götlich. Lorenz Stauck, Maurer, 83 Jahre alt. Grünberg i. Schles. (Polzig.) Ernst Bähr, Maurer, 55 J. Ilmenau. (Gräfenau.) Paul Gebser, Maurer. Kiel. (Breeß) Karl Lemkau, Arbeiter, 24 Jahre alt. Julius Laschat, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt. Leipzig. Bernhard Hänsel, Maurer, 70 Jahre alt. (Schleuditz.) Friedrich Ohme, Maurer, 64 Jahre alt. Magdeburg. (Schönebeck.) Willt Weber, Maurer, 21 J. Meissen. (Schurfenberg.) Ernst Wendi, Maurer, 74 J. Merseburg. Karl Schmidt, Maurer, 46 Jahre alt. Neustettin. Gustav Korhals, 62 Jahre alt. Nordhausen. (Weicherode/Elende.) Kurt Becker, 18. (Sonderhausen/Jecha.) Robert Bischof, 42 J. (Salza) Bruno Taut, Maurer, 39 Jahre alt. Schwerin. Heinrich Lau, Erdarbeiter, 59 Jahre alt. Stolp/Pom. (Schlawe.) Fritz Panitz, 58 Jahre alt. Thale/Harz. (Blankenburg.) August Scharpe, 71 J. Weißenburg/Bayern. Emil Howard, Denfomer, 45 J. Wilhelmshaven-Rüste. Eiler Eileris, Maurer, 16 J. Wittenberg/Halle. Friedrich Hense, Maurer, 70 J.
Ehre ihrem Andenten!

Paul Mattheta, Süßer, wahrscheinlich auf Wanderschaft. Deine geflagte Lohnsumme unter Beifügung deiner Adresse und einer glaubhaften Legitimation ein beim Bezirksarbeitersekretariat Köslin i. Pom.

Kollege Rufat aus Braunschw. wird dringend um Angabe seines Aufenthaltsortes ersucht. Schriftl. Leitung des „Grundstein“, Berlin SW. 68, Friedrichstr. 56.

Diedrich Uhlen, Maurer, geb. 14. August 1909 in Beer. Buchnummer: 814 299. wird wegen Krankheit von seinen Eltern gesucht. Kollegen oder Baugewerkschaften, die seinen Aufenthalt kennen, werden um Mitteilung gebeten. D. Uhlen, Beer, Ostfriesl. Annenstr. 29.

Öffentliche Sitzung des Amtsgerichts.

S. B. 234/30

Kassel, den 16. Februar 1931.

Gegenwärtig: Amtsgerichtsrat Saffencamp als Vorsitzender, Justizsekretär Schüb, als Urundsbeamter der Geschäftsstelle. Privatklage des Gewerkschaftssekretärs Karl Müller in Reichenbach.

Vertreter: Rechtsanwalt Dr. Julius Goldschmidt III, Kassel gegen

- 1. den Redakteur August Thöne in Kassel, Königsplatz 36/2,
2. den Weibhändler Otto Müller in Langenhain, Kreis Schwelge Angeklagte

wegen Beleidigung.

Vor Abschluß der Beweisaufnahme vergleichen sich die Parteien wie folgt:

Vergleich:

Die beiden Angeklagten erklären: Wir können die Behauptung, der Privatkläger habe von dem Baumunternehmer Schiffer in Detmannshausen Siegfriede weit unter Tagesprets gekauft und habe dafür das Verprechen gegeben, Schiffer wegen untertäniger Entlohnung in Ruhe zu lassen, nicht aufrechterhalten.

Wir sind einer solchen Information zum Opfer gefallen und nehmen die in der Behauptung enthaltene Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Wir verpflichten uns die gesamten Kosten des Verfahrens, einschließlich der gesetzlichen Gebühren des Vertreters des Privatklägers, zu tragen.

Eine Ausfertigung dieses Vergleichs ist auf unsere Kosten binnen sechs Wochen in dem „Kasseler Volksblatt“ und in dem „Grundstein“, in Berlin, je einmal zu veröffentlichen.

Der Privatkläger erklärt hierauf: Nach dieser Erklärung der beiden Angeklagten habe ich kein weiteres Interesse an der Durchführung des Verfahrens und ziehe hiermit die Privatklage zurück.

u. a. Beschluß verkündet

Nachdem die Privatklage zurückgenommen worden ist, wird das Verfahren eingestellt.

Die Kosten des Verfahrens haben nach vorstehendem Vergleich die beiden Angeklagten zu tragen.

ges. Saffencamp ges. Schüb

LS Ausgefertigt:

ges. P. O. Justizangestellter, als Urundsbeamter der Geschäftsstelle.

Bücher u. Schriften

„Diktatur! Soziale Demokratie oder faschistische Diktatur.“ 20 Seiten. Mit farbigem illustriertem Umschlag. Preis 10 S. Verlag Verbechtelung der SPD, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. — Die „Diktatur“-Schrift streift die Ziele der völkischen Diktatur und berichtigt ausführlich über die italienischen Verhältnisse. Die Broschüre ist überall auch durch alle Volksbuchhandlungen und Parteifunktionäre der SPD zu beziehen.

„Meine warme Glube.“ Zweif. dieser vom Bayerischen Barmenvereinsverband herausgegebenen Broschüre ist, Interesse und Verständnis für die Barmenerzeugung des Saufes zu erwecken und die Möglichkeit zu zeigen, die im Saubalt benötigte Wärme mit den geringsten Kosten zu erzeugen. Aus dem Inhalt ist ersichtlich, daß das Bielefeld einen Minderlohn über das Gesamtgebiet des Saufensweins gibt und dadurch ein willkommener Beweiser auf dem vielverweirten Gebiet für die Interessenten des Bau- und Wohnungswesens ist. Bestimmungen sind an die Verlagsgesellschaft, „Schadenverhütung“ in Berlin-Tempelhof, Mühlstr. 130-132, zu richten. Preis 15 S. Bei Partiebezug billiger.

„Vorbeugen, nicht abtreiben.“ Von Louise Otto. Gegen den § 218 nimmt die bekannte Schrift entschieden Stellung. Es handelt sich um einen Ratgeber für Eheleute, der jetzt bereits im 146. bis 155. Tausend in der Verlagsbuchhandlung W. Pannschuh u. Co., Magdeburg, erschienen ist. In diesem Büchlein wird den Eheleuten und allen die es werden wollen, Rat und Auskunft über sexuelle Fragen erteilt. Die Nazis sind grundrücksichtlich gegen die Abschaffung des § 218 und wollen jetzt durch eine Anleihe der Thüringischen Volkzeit die Verabschaffung der „wahrheitsgemäßen unzüchtigen Schrift“ (wie Friedl sagt) erreichen. Wer diese Schrift noch nicht kennt, sollte sie sich für 80 S in der Parteibuchhandlung kaufen oder direkt schicken lassen.

Die sozialdemokratische Wahlpolitik. Nach Friedrich Engels. Sozialdemokratische Lehr- und Lesebücher Nr. 1. Herausgegeben und eingeleitet von Karl Kautskener. 1931. Verlag S. S. W. Dieh. Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Preis 30 S. Das aufsehenerregende Ereignis der Septemberwahl zum Reichstag bringt die Sozialdemokratie zur Verberzeugung und Vertiefung ihrer politischen Massenbildungsarbeit. Die sozialdemokratische Wahlpolitik ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer die breite Öffentlichkeit beherrschenden Massenpartei geworden. Im Jahre 1895 sprach Friedrich Engels in seiner Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ den in die politische Geschichte übergegangenen Satz aus, daß die deutschen Sozialdemokraten „ihren Genossen aller

länder eine neue, eine der stärksten Waffen geliefert habe, indem sie ihnen zeigte, wie man das allgemeine Stimmrecht gebraucht.“ Die jetzt herausgegebene Einleitung von Friedrich Engels ist die erste, ungetrübte Ausgabe dieser Einleitung; ihr liegen die Korrekturen von Engels zugrunde. Einleitend ist sie mit einer populären Darstellung der historischen Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Staatsproblem.

Ein systematischer Überblick über die gesamte deutsche Sozialversicherung in Tabellenform. Von Arthur Lhan. Verlag der Leipziger Buchdruckerei G. O., Leipzig C. 1, Sandauer Str. 19-21. Preis 1 M. 3. Auflage. Die Broschüre enthält in kurzen, übersichtlichen Umriß das Hauptfachliche aus allen Gebieten der Sozialversicherung. Sie behandelt die gesetzlichen Vorschriften, mit denen die Versicherungen aller Sozialversicherungszweige, Versicherungsträger und -behalten, Schulen, Gewerkschaften und Funktionäre fast täglich zu tun haben. Die Broschüre eignet sich auch als Unterlage für Schulungs- und Fortbildungskurse. Sie enthält statistisches Material und kann allen, die mit der Sozialversicherung zu tun haben, wärmstens empfohlen werden. Bei mehr als 10 Exemplaren beträgt der Preis 85 S je Stück, bei 100 Exemplaren 85 S, 500 Exemplaren 80 S, 1000 Exemplaren 75 S zuzüglich Porto.

Die November-Revolution. Erinnerungen von Hermann Müller-Franklin. Zweite durchgesehene Auflage. 31. bis 38. Tausend. Photograph. Ausstattung Jan Eichardt, München. 288 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Bildkreis G. m. b. H.“, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7. Preis 5,50 M. — Die Geschichte der deutschen Revolution von 1918 bleibt noch zu schreiben. Was bis heute an historischen Darstellungen vorliegt, kann nur als Material für typenmäßige Historiker gelten. Hermann Müller liefert seine Revolutionserinnerungen mit der Bemerkung ein, daß sein Buch keine Geschichte der deutschen Revolution von 1918 werden, sondern für den späteren Geschichtsforscher eine Quelle sein soll. Als solche kommt ihm die größte Bedeutung zu. Sein Verfasser stand schon lange vor dem Kriege als Mitglied des Parteivorstandes der SPD in der Arbeiterbewegung an führender Stelle. Er hatte daher ein dokumentarisches Material zur Verfügung, das nur für wenige, unmittelbare Betreffende zugänglich war. Er hat es sich in dem Buch zur Aufgabe gestellt, Ideen und Stimmungsgelände jener schweren Zeit so objektiv festzuhalten, wie das einer kann, dem es vergrünt hat, den gewaltigen Umbruch des deutschen Verfassenslebens nicht nur aus nächster Nähe zu beobachten, sondern auch an dem werdenden Neuen ordnend mitanzusehen.

Siedemanns Berlin. Band IX. Spätkrieg bis Völkrieg. Preis 6,50 M. Verlagsanstalt Hermann Klemm, Berlin-Grünwald, Caspar-Straße 12a. Auch der neunte Band hält das, was von den vorausgegangenen Bänden gesagt worden ist. Objektiv in jeder Hinsicht und das Material in einer Reichhaltigkeit, wie es bei dem wirklich geringen Preis wahrnehmlich nicht wieder zu haben ist.

3 Mark
Sie 3 Mark
Ich liefere Ihnen dafür:
1/5 Pfd. Landmannstabak M. 0,29
1/5 „ Wollensformer „ 0,39
1/5 „ Nach und Nach „ 0,49
1/5 „ Post und Bahn „ 0,60
1/5 „ Pastorentabak „ 0,68
1 Sortiment H (5 Zigaretten) „ 0,55
1 reichillustr. Hauptkatalog
1 hübsch. Wehrtruf-Kalender

Raucht abakfabrik „Wehrtruf“
E. Köller, Bruchsal No. 184 zu bestellen.

Wer flug ist, kauft bei Uhren-Kloze!
Reklamepreis nur 4,- M.
Kloze, die beste deutsche Uhren-Fabrik, seit 1852, Kassel, Markt 10.

Lesi „Das Bauwerk“
Der nie in Vergessenheit geratene bulgarische Knoblauchsaff

Herbaria - Kräuterparadies
Phillippsburg KS 306 (Baden)
Alle anderen Pflanzen- und Gemüsesäfte ebenfalls lieferbar. Preisliste gratis.

Tod oder Zuchthaus
bedroht jede Frau, die die Folgen ihres Vertriebes zu befechten sucht. Der bekannte Frauenarzt Dr. med. Holländer gibt in seinem Buche „Vorbeugung der Empfängnis und Verhütung der Schwangerschaft“, dazu „Hygiene der Ehe und der Gitterwochen“ von Dr. med. Jitel wertvolle Ratsschläge. Ein für Ehe- und Brautleute unentbehrlicher Ratgeber. Beide Bde. nur 3,80 M. Schauen Sie die kleine Ausgabe nicht, sie macht sich reich bezahlt. Nur zu beziehen durch den Buchverlag H. Müller, Wt. 69 Berlin-Charlottenburg 4, Schlichtbach

Reellste Bezugsquelle!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3,-, nur kleine Federn (Halbdäun.) 4,50, Daunen 6,25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, allerf. 7,-, la Volldauen 9,- u. 10,-. Für reelle, staubfr. Ware Garant. - Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefalt. nehme auf meine Kosten zurück. Willy Mantauffel, Gänsemästerei, gest. 1852, Neustadt 5b (Oderbr.), bestes u. größtes Bettfedernversandgeschäft des Oderbruchs.

Radikaler Preisabbau!
Ansehen wollen wir bewahren!
Nur unsere neuen Kataloge!
Scheidt-Gesellschaft, Kassel 368

Togal
unübertroffen bei Rheuma, Gicht, Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuss u. Erkältungskrankheiten. Entfernt d. Harnsäure! 6000 Arztgutachten! Vollkommen unschädlich. Fragen Sie Ihren Arzt.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!
25x50 bis 60 mm breit
100 90 80 75 70 60 50 cm
3,25 3,05 2,85 2,75 2,65 2,45 2,25 RM.
Westermeyer & Co., Zwickau

Tragt unsere Bundesnadel!
DAS GESICHT DER ZEIT
EISLER-BUSCH AUFNAHMEN
homocord
Bestell-Nr. 3942: Lied der Arbeitslosen, Lied der Bergarbeiter
Bestell-Nr. 4033: Lied der Baumwollpflücker, Ballade vom Nigger Jim
Bestell-Nr. 4032: Die Maßnahme (Reichsbannerlied)
Zu haben in allen Fachgeschäften M. 3,15 pro doppelseit. Platte

Josef Witt, Weiden 54 Oberpfalz.
Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.
Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.
gibt wie folgt ab:
Nr. 1 Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter - .28
Nr. 2 Vorhangstoff sog. Gardinen, mit echt indanthrenfarbigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter - .19
Nr. 3 Hemdenflanell etwas leichte Gebrauchsware, indanthrenfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter - .23
Nr. 4 Hemdenflanell fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter - .39
Nr. 5 Stuhluch auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Bettflüche, 150 cm br., p. Mir. 1.15
Nr. 6 Handtücher strapazierbare, haltbare Qualität, weil nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund 1.25
Nr. 7 Strickwolle garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz per Pfund 1.95
Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.